

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

POLITISCHE VERFOLGUNGEN	5
WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- UND RICHTSORGANE	20
DRUCK AUF UNTERNEHMER	27
NICHT-EINHALTUNG DER BÜRGERRECHTE	29
FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN	33
XENOPHOBIE UNDEINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT	37
DISKRIMINATION NACH SPRACHE	39
MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	41

Redaktionskollegium des Bulletins

- **Leonid KRAWTSCHUK** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchowynaja Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V)), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V)). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **Oleksander TSARENKO** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **Valentyna VORONKOVA** – Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **Mykhaylo SHUTOV** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **Oleksiy FEDYAKIN** – Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

ББК 66.3(HEM)6
H30

Ausführlichere Informationen über die politischen Repressalien in der Ukraine können Sie auf der Webseite „POLITERROR. Anthologie der politischen Repressalien. Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ (polit-terror.info) finden. Die Webseite beobachtet die ukrainischen Massenmedien, die über grenzenlose Willkürakte der ukrainischen Macht berichten, Sie wird täglich aktualisiert. Auf der Webseite sind ebenfalls die elektronischen Versionen der vorigen Ausgaben dieses Bulletins in Russisch, Englisch und Deutsch vorhanden. Auf den Webseiten „Ohne Zensur“ (bezczury.info), „Neue Macht“ (novavlada.info), „Patriot. Eine Bibliothek des Antiglobalisten“ (patriot-ua.info) finden Sie kritische Publikationen über Probleme der ukrainischen Innen- und Außenpolitik während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.

POLITISCHE VERFOLGUNGEN

Wie die Oppositionsparteien kamen zum Schluss kamen, mündete die „orangene Revolution“ im wesentlichen in totale Missachtung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie politische Repressalien aus

■ **In der Erklärung Der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (Vereinigten)* wird u. a. festgestellt:**

„Seit den Novemberereignissen 2004 ist ein Jahr vergangen – das Jahr der Vorbereitung und der Regierens der Ukraine durch die neue Macht. Jeden Bürger der Ukraine bewegen deshalb viele Fragen, die wichtigste davon aber lautet: Was hat die neue Macht unternommen, damit sich das Leben der Menschen zum Besseren ändert?“

Um objektiv, verantwortungsvoll und ehrlich vor dem eigenen Volk zu sein, muss zugegeben werden: fast nichts. Mehr noch: die negativen Züge des alten Regimes bleiben nicht nur weiterhin bestehen, sie erstarren sich sogar. Hinter den neuen Masken, der neuen patriotischen Rhetorik treten alte Gesichter und alte Philosophie hervor.

Der Machtantritt Wiktor Juschtschenkos



Wiktor Medwedtschuk

Mannschaft änderte leider die Situation nicht zum Positiven. In der Wirtschaft treten gefährliche krisenhafte Tendenzen immer deutlicher zutage, die Politik ist nur undurchschaubarer geworden. Es erscheint gar nicht zufällig, dass manche internationale soziologische und analytische Zentren bereits den Zusammenbruch der Ukraine als Staat prophezeien.

Die neue Macht hat die Ukraine um Jahre zurückgeworfen, das System der staatlichen Verwaltung ist ausbalanciert und die professionellen Kader sind auseinandergejagt worden. Die Mannschaft der Verfechter einer glücklichen, reichen und demokratischen Zukunft des Volkes mutierte zu ausgelassenen Raufern für ihre eigene schöne Zukunft. Ungewissheit und Zukunftsangst sind heute die am stärksten ausgeprägten Besonderheiten der ukrainischen Gesellschaft.

Was ist aber um die Ukraine in diesem Revolutionsjahr geschehen?

Die wirtschaftliche Situation des Landes verschlimmerte sich auf das bedeutendste, es kam zu Anzeichen der wirtschaftlichen Krise.

Die Investitionen schrumpfen sich zusammen, die geschäftlichen Aktivitäten der einheimischen und internationalen Investoren lassen nach.

* SDPU (V). Eine zentristisch ausgerichtete Partei, die vom früheren Chef der Präsidentschaft, Wiktor Medwedtschuk, geführt wird

Statt der versprochenen Millionen neuer Arbeitsplätze nimmt die Arbeitslosigkeit zu. In einem Horror erregenden Tempo schnellen die Preise für Grundnahrungsmittel und Energieträger in die Höhe.

Die Korruption und Bestechlichkeit breiten sich aus.

Tausende Fachleute der staatlichen Verwaltungsorgane wurden Verfolgungen ausgesetzt und zum Rücktritt gezwungen, während ihre Funktionen größtenteils Laien und Unwissende übernahmen.

Die humanitäre Politik ist ausbalanciert, was hin und wieder Konflikte auf zwischenstaatlicher Grundlage hervorruft.

Die religiösen Gemeinden sind in „eigene“ und „fremde“ eingeteilt, der Staat mischt sich gesetzwidrig in die konfessionellen Angelegenheiten ein, was die Gläubigen, insbesondere der Russischen Orthodoxen Kirche, nur demütigt.

Enttäuschung und Apathie nehmen sogar unter den ehemaligen Enthusiasten der „orangenen Revolution“ zu. Die Menschen werden erbittert, was eine politische Aggressivität gegen die Macht nach sich zieht.

Wie die ukrainischen vereinigten Sozialdemokraten betonen, gebietet die jetzige Situation eilige Maßnahmen, die es verhelfen könnten, die negativen Handlungsfolgen der präsidenten Mannschaft Juschtschenkos wenigstens teilweise zu neutralisieren.

Wir sind nicht müde zu unterstreichen, dass die beste Art, die Novemberereignisse zu begehen, darin bestanden hätte, die Aufmerksamkeit auf ungelöste Probleme, auf Fehler und Missstände zu konzentrieren sowie sich vor dem ukrainischen Volk dafür zu entschuldigen, dass die neue Macht es nicht geschafft hat, seine Hoffnungen auf ein besseres Leben zu verwirklichen.

Wir setzen uns gegen Revolutionen ein, dafür für eine Ordnung, die durch die alltägliche Arbeit von kompetenten Professionellen aufgebaut wird.

Wir treten für den Rechtstriumph in der Ukraine auf.



Wiktor Janukowitsch

Der Führer der Partei der Regionen* Wiktor Janukowitsch stellte dazu u. a. fest:

„Die neue Macht bereitet sich auf den Jahrestag der Ereignisse vor, die von ihren Initiatoren als „orangene Revolution“ bezeichnet werden. Dabei lässt sie ganz bewusst die offensichtliche Tatsache außer Acht: dieses Datum liefert bei weitem nicht allen Ukrainern einen Anlass zu feiern, darunter vielen der Menschen, die damals auf dem Maidan gestanden haben.

Die hohen Ideale, in deren Namen die Initiatoren dieser Ereignisse die Menschen auf Straßen führten, dienten nur dazu, die Macht zu ergreifen, während die Verheißungen, das Volk und die Nation zusammen zu schließen, in eine tief greifende Spaltung der Gesellschaft ausmündeten.

Heute wissen wir wohl, wofür die Führer der „orangenen Revolution“ gekämpft haben: für die Umverteilung des Eigentums zum eigenen Vorteil, für die Möglichkeit, uneingeschränkt mithilfe des Geldes zu herrschen, das von hohen Posten im System der

* Eine zentristische Partei, an deren Spitze einer der Oppositionsführer, der ehemalige Premierminister der Ukraine steht

staatlichen Verwaltungsorgane abgesichert wird. Die Korruptionsskandale* haben es überzeugend und deutlich bewiesen.

Was aber hat die „orangene Revolution“ einfachen Menschen gebracht? Nur eine reale Senkung des Lebensstandards infolge der Preissteigerung für alle wesentlichen Konsumgüter, nur Systemkrisen, die nicht enden wollen, nur grobe Verletzungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, nur die Entfachung von politischen Verfolgungen und Repressionen gegen politische Opponenten und Andersdenkende.

Es wurde ein propagandistisches System aufgebaut und durchgesetzt, das den Menschen wahrheitsgetreue Informationen über die Krisensituation im Land verheimlichen sollte.

An die Stelle der erwartungsvollen Zukunftssicht sind Niedergeschlagenheit und tiefer sozialer Pessimismus getreten.

Politiker über das Jahr der politischen Repressionen

■ **Am 23. November wurde ein Runder Tisch zum Thema „Die Ukraine: ein Jahr nach der orangenen Revolution. Was war und was wird kommen?“**

* Anfang September berief der Staatssekretär des präsidenten Sekretariats, Alexander Sintschenko, eine dringende Pressekonferenz ein, auf der er Korruptionsanschuldigungen gegen den Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung, (SNBOU), Pjotr Poroschenko, den Ersten Berater des Präsidenten, Alexander Tretjakow, sowie einen der Führer der präsidentennahen Fraktion in der Werchownaja Rada, Nikolaj Martynenko, erhob. Bald darauf erklärte auch die Premierministerin Julia Timoschenko über die Korruptiertheit der präsidenten Umgebung. Insbesondere sagte sie aus: „Ich weiß, dass bereits Programme der geplanten Repressionen gegen mich aufgestellt werden“. Nach diesen Erklärungen mussten Sintschenko, Timoschenko, der Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine, der Sekretär des SNBOU sowie Minister zurücktreten



Konstantin Satulin

veranstaltet, an dem ukrainische und russische Politologen teilnahmen

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, kamen die Teilnehmer des Runden Tisches überein, dass die Situation mit den Menschenrechtverletzungen und politischen Repressionen in der Ukraine als Besorgnis erregend einzustufen sei.

Der Geschäftsführer des Instituts der GUS-Länder* und Abgeordnete der russischen Staatsduma, Konstantin Satulin, erklärte dazu wie folgt:

„Es ging um einen sehr unvernünftigen und kurzfristigen Versuch, den Osten der Ukraine politisch zu kolonisieren, und zu diesem Zweck brach man eine „Hexenjagd“ vom Zaun. Statt eines Kompromissangebots für den Teil der Ukraine, der nicht für ihn gestimmt hatte, legte ihm Wiktor Juschtschenko Züchtigungsruhen vor. Einige der Figuranten der aus dem Finger gesaugten strafrechtlichen Anklagen sind jetzt erneut um ihr Schicksal besorgt. Solch eine

*die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten, der die folgenden Republiken der ehemaligen UdSSR gehören: Aserbaidschan, Armenien, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Ukraine



Nestor Schufritsch



Georgij Klotschkow

Politik ist gefährlich, weil sie die Spaltung der ukrainischen Gesellschaft noch mehr vertieft“.

Der erste stellvertretende Vorsitzende der SDPU (V), Nestor Schufritsch, erwartet in diesem Zusammenhang eine weitere Verschärfung der politisch motivierten Verfolgungen:

„Die Macht sucht nach angeblichen Verbrechen, um gewissermaßen ihre einjährige Existenz zu untermauern, die zu keinen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten geführt hat“.

Das Mitglied des Präsidiums des politischen Rates der Partei der Regionen, Igor Schurma, stellte enorme Ausmaße der Menschenrechtverletzungen in der Ukraine fest:

„Es geht um eine faktische Abrechnung mit Opposition und Andersdenken. Viele Punkte des Memorandums zwischen der Macht und Opposition* werden von Machtstrukturen gebrochen“.

Wie die Vorsitzende der Progressiven Sozial-

* Von Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch wurde das Memorandum über die Verständigung zwischen der Macht und Opposition unterzeichnet. In diesem Dokument wurde u. a. der Verzicht des Präsidenten auf jegliche Verfolgungen seiner politischen Opponenten festgelegt

istischen Partei der Ukraine*, Natalia Witrenko, meint, habe die Macht zu politischen Repressalien gegriffen, um ihre Opponenten einzuschüchtern und die Opposition zu beseitigen:

„Die Protestaktionen der Opposition sind nur unter maximalem Gegendruck seitens der Macht und minimaler Berichterstattung durch Massenmedien möglich. Die Macht würde gerne politisch unzuverlässige TV-Kanäle dichtmachen, doch bis jetzt bleibt es noch erspart“.

Der Führer der Partei „Bratstwo“** Dmitrij Kortschinskij bezeichnete die Macht als „ein gewissenloses repressives Regime mit Gesetz missachtenden Gerichtshöfen und Gesetz missachtenden Rechtsschutzorganen“:

„Gestern wurden etwa hundert Mitglieder der „Bratstwo“ festgenommen. Sie bleiben bis jetzt in Haft, weil das Sekretariat des Präsidenten von den Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane und den Gerichten verlangt, gegen sie strafrechtlich vorzugehen“ (ausführlicher bitte auf Seite 33).

Der Ausschussvorsitzende der Werchow-naja Rada für nationale Sicherheit und Vertei-

* PSPU. Die Partei hält sich an der Linksorientierung

** Eine Partei, die antiglobalistische Ideen zum Ausdruck bring

digung der Ukraine, Georgij Klotschkow, meint, die Vertreter der Macht hätten die demokratischen Parolen verraten, die sie während der „oranigen Revolution“ verkündeten:

„Den Fakt der Verfolgungen aus politischen Motiven hat der Präsident, im Grunde genommen, zugegeben. Mit diesem Problem muss man sich täglich auseinandersetzen, es konkretisieren, diesbezügliche Berichte an die Öffentlichkeit bringen und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen“.

Oppositionsführer ließ ein Buch herausgeben, in dem er über die politische Abrechnung mit ihm berichtet

■ Der Öffentlichkeit wurde ein Buch des Führers der gesellschaftlichen Bewegung „Nowaja demokratija“, Ewgenij Kuschnarew*, unter dem Titel „Fuchsrotes Pferd. Aufzeichnungen eines Konterrevolutionärs“ präsentiert

Wie die Zeitung „Wetschernij Charkow“ schreibt, liege die Grundidee des Verfassers darin, die erdichteten Anschuldigungen und Insinuationen gegen ihn zu erwidern, Mythen und Legenden mithilfe eines dokumentarisch belegten Zeitablaufs der Ereignisse zu zer-

* Der frühere Gouverneur der Charkowskaja Region, Ewgenij Kuschnarew, wurde am 17. August festgenommen, als er in anwaltlicher Begleitung die Generalstaatsanwaltschaft aufsuchte, um die Unterlagen in der Separatismussache zu studieren, die gegen ihn am 23. Juni 2005 eröffnet wurde. Die Festnahme begründete man aber mit der Anschuldigung nach einem anderen Artikel, wegen des Dienstmissbrauchs, der für den Staat angeblich einen Schaden in Höhe von über 8 Mio. Griwna nach sich gezogen hätte. Ausführlicher wurde darüber im Bulletin „Menschenrechtverletzungen und politische Repressalien in der Ukraine“, die Ausgaben Juni und August-September 2005, berichtet



Buchumschlag „Fuchsrotes Pferd“ von Ewgenij Kuschnarew

streuen, die sich in der Ukraine und Charkow vor und nach der „oranigen Revolution“ entwickelten. Diese Idee wurde während des neuntägigen Aufenthalts Kuschnarews in der Untersuchungshaft geboren. Die Arbeit am Buch setzte gleich nach seiner Freilassung an und beanspruchte drei Monate: von August bis einschließlich Oktober. Bei der Suche und Systematisierung der Dokumente, Wiederherstellung der zeitlichen Abläufe der Ereignisse und dem konzeptuellen Aufbau des Buches konnte sich der Autor auf seine Mitstreiter, den ehemaligen Chefredakteur der Zeitung „Slobodskij kraj“, Anatolij Pokrojew, und den Journalisten Gennadij Sysojew, stützen. Für den chronikalischen Teil wurden im „Fuchsroten Pferd“ Fragmente des Buches „Chronik der oranigen Revolution“ mit der lebenswürdigen Zustimmung seines Autors,

des angesehenen ukrainischen Politologen Michail Pogrebinskij, verwendet.

Nach Mitteilung der Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ erklärte der Ex-Gouverneur der Charkowskaja Region, er würde „keinem wünschen, was mit mir im August dieses Jahres passiert ist. Die Haft ist eine schwere Prüfung, eine beleidigende und erniedrigende, für jeden Menschen. Daraus musste ich die Erfahrung machen, dass in unserer Gesellschaft der Bürger praktisch schutzlos vor der repressiven staatlichen Maschinerie ist. Um sich davor zu behaupten, muss man seinen persönlichen Mut öffentlich demonstrieren und sich auf die gesellschaftliche Unterstützung stützen. Deshalb bin ich enorm allen dankbar, die sich in diesem schweren Augenblick für mich einsetzen: einzelnen Politikern, zahlreichen einfachen Bürgern und natürlich Journalisten“.

Nach Bericht der Internet-Ausgabe „Ukrain-skaja prawda“, lieferte Kuschnarew seinen Kommentar zur aktuellen politischen Situation in der Ukraine, indem er am dem Runden Tisch „Die Ukraine: ein Jahr nach der orangenen Revolution. Was war und was wird kommen?“ am 23. November sagte: „Es würde mich nicht überraschen, wenn ich von heute auf morgen in die Generalstaatsanwaltschaft erneut vorgeladen werde und sie nicht mehr verlassen darf“. Nach seinen Worten, bringe die heutige ukrainische Macht ihre „zunehmende Aggressivität“ zum Ausdruck. In seiner Stellungnahme zu den Ausführungen der Vertreter der „orangenen“ Mannschaft auf dem Kiewer Maidan* vermerkte der Politiker: „Die Macht hat der Opposition einen Krieg erklärt, in dem sie zu allen Mitteln greifen kann“.

* Am 22. November wurden auf dem zentralen Platz Kiews, dem Maidan der Unabhängigkeit, Feierlichkeiten anlässlich des ersten Jahrestags der „orangenen Revolution“ abgehalten. Daran beteiligten sich der Präsident der Ukraine, Vertreter der Macht und der politischen Kräfte, die die Kandidatur Wiktor Juschtschenkos auf der Präsidentschaftswahl 2004 unterstützten

Das Wählerkomitee der Ukraine stellte politische Verfolgungen und Druck auf Massenmedien in den Winnizkaja, Donezkaja, Kirowogradskaja, Iwano-Frankowskaja, Luganskaja, Nikolajewskaja, Tscherkasskaja, Chersonskaja und Ternopolskaja Regionen fest

■ Die Leiter des Wählerkomitees der Ukraine (KIU)* berichteten auf ihrer Pressekonferenz über die ersten Fakten der Bürgerrechtverletzungen in der soeben gestarteten Wahlkampagne**. Nach den Worten des Vorsitzenden der Organisation, Igor Popow, gehe es bislang zwar über einzelne Verletzungen; wenn aber „diese Praktiken nicht eingestellt werden, gerieten die demokratischen parlamentarischen und kommunalen Wahlen in der Ukraine in Gefahr“.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ berichtet, habe Igor Popow unterstrichen, dass die weitere Verzögerung mit der Haushaltsbestätigung den Ablauf der demokratischen

* Eine gesellschaftliche Organisation, die Unregelmäßigkeiten in Wahlprozessen beobachtet. Sie wurde noch vor der Parlamentswahl 1994, der ersten in der Geschichte der Ukraine, gegründet

** Im November startete in der Ukraine die parlamentarische Wahlkampagne. Die Wahl muss am 26.03.2006 stattfinden

und freien Wahlen vereiteln könnte, weil ihre finanzielle Absicherung nicht geregelt bleibt. Der Leiter des KIU sagte eine neue Runde der politischen Repressalien voraus, denn die unabgeschlossene Untersuchung der vergangenen Wahlfälschungen kann zwecks politischer Spekulationen und Beschuldigungen wegen politischen Drucks eingesetzt werden.*

Die Vertreter des KIU schließen nicht aus, dass einzelne Probleme wegen der massenhaften Verbreitung von unglaubwürdigen Informationen sowie Eingriffe in die Ehre und Würde gewisser Kandidaten entstehen könnten.

Auf der Pressekonferenz wurden Fakten der Verfolgungen und des Drucks auf Massenmedien aus politischen Motiven bekannt gegeben. Nach den Ergebnissen eines Monitorings erfolgt der stärkste Druck auf die Journalisten seitens der örtlichen exekutiven Organe bzw. Selbstverwaltungsorgane. Solche Fälle wurden in den Winnizkaja, Donezkaja, Kirowogradskaja, Iwano-Frankowskaja, Luganskaja, Nikolajewskaja, Tscherkasskaja, Chersonskaja und Ternopolskaja Regionen festgestellt.

Insbesondere wurden mehrere Studenten der Nationalen Universität zu Donezk am 10. November nicht zur Fernsehbrücke „Dialog mit dem Präsidenten“ zugelassen, weil dies die Hochschuladministration und die Leitung der Studentengewerkschaft untersagten.

Ein schleppender Konflikt setzt sich fern-er zwischen dem Redaktionskollektiv der regionalen Zeitung „Narodnoje slowo“ und ihrer Gründerin, der staatlichen Kirowogradskaja Regionaladministration, fort. Der Stein

des Anstoßes liegt in der unabhängigen Redaktionspolitik der Zeitung. Die von dem Regionalrat bestätigte Finanzierung der Zeitung für das Jahr 2006 wurde deshalb eingestellt. Unter Ausschluss des Zeitungskollektivs arbeitete die regionale Macht Dokumente für die Restrukturierung und anschließende Liquidierung der Ausgabe aus. Die Tagung des Regionalrats sagte der staatlichen Regionaladministration ihre Unterstützung ab, und 12 Vertreter des Zeitungskollektivs traten in einen fünftägigen Hungerstreik ein.

Am 15. November umzingelten mehrere kahl geschorene Jugendliche ein Agitationsszelt der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) und provozierten eine Schlägerei. Zuvor wurden in Nikolajew auch Überfälle auf die Regionalleitung der KPU verzeichnet.

In der Tscherkasskaja Region teilte der Chefredakteur der Zeitung „Nowa doba“, die von der staatlichen Regionaladministration und dem Regionalrat herausgegeben wird, mit, der Gouverneur Alexander Tscherewko (gleichzeitig Vorsitzender der regionalen Parteiorganisation der NSNU*) habe von ihm verlangt, Beiträge über Errungenschaften der neuen Macht statt kritischer Berichte zu veröffentlichen. Es ist bezeichnend, dass die „Nowa doba“ die erste der machtnahen Massenmedien der Region war, die im November 2004 die „orangene Revolution“ unterstützten.

Am 21. Oktober warf der regionale Wahlableiter der BJT** und Geschäftsführer des Unternehmens „Temp“ in Tscherkassy, S. Odarytsch, dem regionalen Gouverneur Tscherewko eine politisch motivierte Verfolgung vor. Als Ursache dafür diente die staatsanwaltliche Einleitung eines strafrechtlichen Ver-

* Die Gerichtsinstanzen haben sich bis dato mit 181 Fällen beschäftigt, die mit Fälschungen auf der Präsidentschaftswahl zusammenhängen. Wie der Führer der Partei der Regionen, Wiktor Janukowitsch, dazu feststellte, „waren Verletzungen von den Anhängern der beiden Herausforderer zugelassen worden, doch strafrechtliche Verfahren leitete man nur im Osten und Süden der Ukraine ein“, das heißt in den Regionen, in denen die meisten Wähler Wiktor Janukowitsch unterstützt hatten

* Die Volksunion „Unsere Ukraine“ - eine präsidententreue Partei

* „Julia Timoschenkos Block“ - eine Vereinigung der politischen Parteien, die von der ehemaligen Premierministerin der Ukraine und Führerin der Partei „Batkiwtschyna“, Julia Timoschenko, geleitet wird

fahrens gegen das Unternehmen, in dem S. Odarytsch einen politischen Hintergrund zu erkennen glaubt.

Nach wie vor gärt der Konflikt zwischen dem Gouverneur der Tscherkasskaja Region Tscherewko und dem Geschäftsführer der regionalen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft „Rosj“, Mitglied der SDPU (V), N. Kalinitschenko. Der letztere hat Tscherewko des Druckversuchs auf die Gesellschaft beschuldigt.

Das Justizministerium untersagt einer Oppositionspartei die Teilnahme an der Wahl

■ Die Partei „Trudowaja Ukraina“* erklärte, dass die Macht sie behindere, sich an dem Wahlprozess zu beteiligen. Das Justizministerium habe der „Trudowaja Ukraina“ eine Zweitausfertigung der Registrierungsurkunde verweigert, ohne die sie nicht an der parlamentarischen Wahl teilnehmen darf

Die Pressestelle der „Trudowaja Ukraina“ ließ eine Mitteilung unter dem Titel „Die Macht verbietet der „Trudowaja Ukraina“ die Teilnahme an der Wahl“ verbreiten, in der angekündigt wird, die Partei werde „gegen die Macht auch im Untergrund kämpfen“.

„Die „Trudowaja Ukraina“ verlangt vom Minister der Justiz, Sergej Golowatij, eine Kopie der Registrierungsurkunde sofort zur Verfügung zu stellen, eine Änderung in das Register der politischen Parteien einzutragen und der Zentralen Wahlkommission mitzuteilen, dass laut dem Beschluss des 10. Parteitags der politischen Partei „Trudowaja Ukraina“ zu deren Vorsitzenden Siwkowitsch W. L. gewählt worden ist.

Wir wenden uns an alle demokratischen



Wladimir Siwkowitsch

Oppositionskräfte um Unterstützung. Heute verbietet die verbrecherische Macht unsere Teilnahme – die Nächsten könnten Sie werden. Die Zielsetzung dieser Macht, die das Vertrauen des Volkes verloren hat, liegt in der Montage eines willigen, korruptierten und diktatorischen Regimes. Sollte die Macht die selbständige Teilnahme der Partei „Trudowaja Ukraina“ an der Wahl unterbunden haben, rufen wir alle oppositionellen demokratischen Kräfte auf, unsere Kandidaten auf der Wahl der Räte aller Ebenen zu unterstützen, indem man sie in eigene Wahllisten aufnimmt, um damit den Ungesetzlichkeiten der verrufenen Macht ein Ende zu setzen“.

Der Innenminister diskreditiert den Führer einer Oppositionspartei

■ Wie die Pressestelle der SDPU (V) feststellt, seien die Äußerungen des Innenministers der Ukraine, Juri Luzenko, hinsichtlich der Beteiligung des Vorsitzenden der SDPU (V), Wiktor Medwedtschuk, an der Fälschung

* Eine Partei der zentristischen Ausrichtung

der Präsidentschaftswahl 2004 in der Ukraine verantwortungslos und verleumderisch

„Die ganze Zeit hat die Macht unter Einsatz aller illegitimen Mittel versucht, die Beteiligung des Parteiführers an unterschiedlichen gesetzwidrigen Taten zu beweisen, indem sie zu solchen Methoden wie Einschüchterung, administrative Ressourcen und Druck auf die Rechtsprechung gegriffen hat.

Wir bringen dem Minister des Inneren Luzenko und seinesgleichen Beamten zur Kenntnis, dass im April 2005 der Petscherskij Bezirksgerichtshof Kiews in seinem Urteil die Informationen über Wiktor Medwedtschuks Beteiligung an der Fälschung der Präsidentschaftswahl 2004 in der Ukraine als wahrheitsuntreu anerkannt hat. Der Gerichtshof verfügte auch über eine Dementierung. Sein Urteil erlangte Rechtskraft“.

Büro einer Oppositionspartei wurde überfallen

■ **In der Nacht vom 27. auf den 28. November 2005 wurde in der Stadt Browary, Kiewskaja Region, das Büro der Stadtleitung der SDPU (V) überfallen**

Wie darüber die Internet-Ausgabe „from-UA.com“ mitteilt, schlugen unbekannte Personen die Fenster ein, drangen in die Innenräume ein und entwendeten bürotechnische Mittel sowie Parteiunterlagen. Der Vorfall ereignete sich am nächsten Tag, nachdem die regionalen und städtischen Parteikonferenzen stattgefunden hatten.

Der Sekretär der Kiewskaja Regionalleitung der SDPU (V) Aleksej Itschenko erklärt dazu:

„Es handelte sich um einen zielgerichteten Überfall, der darauf abzielte, die oppositionelle politische Kraft einzuschüchtern, die vor der

Parlamentswahl offen und konsequent eine kritische Stellung zur aktuellen Macht einnimmt. Es gibt Anlass zu behaupten, dass solche Überfälle bereits Systemcharakter in Bezug auf Parteimitglieder oder die Bürger erlangen, die die sozialdemokratische Ideologie teilen. Es wird der Eindruck erweckt, dass gegen die Sozialdemokraten nicht nur politische Druckversuche, sondern auch kriminelle Unterdrückungsmethoden eingesetzt werden“.

Die SDPU (V) verlangte von den Rechtsschutzorganen, alle möglichen Schritte zur schnellsten Aufdeckung dieses Verbrechens einzuleiten. Da die untätige Reaktion der jetzigen Macht auf ähnliche Vorfälle wohl bekannt ist, appellierte die Partei auch an die Öffentlichkeit, solche schmachvollen Erscheinungsformen der politischen Auseinandersetzung entschieden zu verurteilen.

Redakteur der Zeitung, die Korruptionsfälle der Kreisbehörden aufdeckte, erklärt über politische Verfolgungen

■ **Der Vorsitzende der Ternopolskaja Regionalleitung der Partei der Regionen und Chefredakteur der Zeitung „Reporter“, Orest Mutz, schreibt in seinem Artikel „Orangefarbenes Bürgermeisteramt gegen die Partei der Regionen“ wie folgt:**

„Die Flagge der Partei der Regionen wurde am so genannten Handelshaus des Galiziens gehisst, dass sich in der Stadtmitte Ternopols befindet, nur wenige Meter vom Platz entfernt, auf dem die Stadteinwohner ihre orangene Revolution veranstalteten und von einer ehrlichen Macht träumten.

In diesem Haus ist auch die Redaktion der „Reporter“ untergebracht, einer Wochenzeitung

die bereits seit über 4 Jahren gegen die örtliche Macht opponiert. Gleichzeitig befindet sich hier das Büro der gesellschaftlichen Organisation „Reporter“ (auf Basis der Wochenzeitung gegründet), die auf ihren Kundgebungen und Versammlungen vor dem Bürgermeisteramt die Wählerinteressen verteidigt. Seit September strömen uns noch mehr Menschen mit Hilferufen zu, weil in den Redaktionsräumen der „Reporter“ ein öffentliches Sprechzimmer des Volksabgeordneten der Ukraine und Mitglied der Partei der Regionen, Taras Tschernowol, eingerichtet wurde.

Da sich die gesellschaftliche Organisation „Reporter“ der Partei der Regionen angeschlossen hat, funktioniert in denselben Räumen auch die Ternopolskaja Regionalleitung der Partei der Regionen. Heute aber läuft diese oppositionelle Organisation in Ternopol Gefahr, auf die Straße gesetzt zu werden. Wegen des Bürgermeisteramts mit dem Mitglied der NSNU, Bogdan Lewkiw, an der Spitze, der seinen herrischen Willen auf die frechste Weise zu demonstrieren pflegt.

Im Bürgermeisteramt wurde ein Dokument gefälscht, nach dem die oppositionellen Mieter - die Wochenzeitung „Reporter“, die gesellschaftliche Organisation „Reporter“, die Ternopolskaja Regionalleitung der Partei der Regionen und das öffentliche Sprechzimmer Taras Tschernowols - angeblich höhere Mietbeiträge akzeptiert hätten. Bei diesem Dokument handelt es sich um die „Anlage zum Mietvertrag“, die in der Verwaltung für Erfassung und Kontrolle des kommunalen Eigentums der Stadt, die J. I. Siwkow leitet, erstellt, abgezeichnet und dem Gericht als Beweistück vorgelegt wurde. Doch statt unserer Unterschrift und des Stempels ist darauf eine fiktive Xeroxkopie zu sehen!

Aufgrund dessen leitete das Bürgermeisteramt dem Gericht eine Klage ein, in der es eine „Abänderung des Mietvertrags hinsichtlich der Mietsätze“ beantragt, was für uns eigentlich nur die Exmission bedeuten kann.

Wir sind nicht nur dadurch verblüfft, dass man und hinauswerfen könnte. Auch dadurch, dass auf der Tagung des Stadtrats ein entsprechendes Schreiben verlesen wurde, das an den regionalen Staatsanwalt und das Wirtschaftsgericht zugeschickt worden war. Es stellt eine Missachtung des Gesetzes „Über die Korruption“ vom Bürgermeisteramt Ternopols dar, das sich auf solche Weise nach dem Artikel 366 des StGB, „Urkundenfälschung“, schuldig macht. Wir sind auf das unangenehmste überrascht, wie es im Bürgermeisteramt funktioniert. Wir befinden uns noch in einer vorteilhaften Lage, weil wir als Journalisten mit vielen ukrainischen Ausgaben zusammenarbeiten, die Angelegenheit an die große Glocke hängen können, weil wir über Rechtsanwälte verfügen und imstande sind, uns selber zu verteidigen. Was könnten aber Geschäftsleute aus dem mittleren Gewerbe unternehmen, die einfachen Stadteinwohner, die der schrankenlosen Willkür des Bürgermeisteramts preisgegeben sind?

Bedrückend ist für die „Reporter“ auch die Tatsache, dass die Verwaltung für Erfassung und Kontrolle des kommunalen Eigentums der Stadt als Einheit des Wirtschaftsdepartements des Ternopolskij Stadtrats von einem verantwortungslosen Beamten geleitet wird. Es geht nicht nur darum, dass er den erwähnten Artikel des StGB und das Gesetz der Ukraine „Über die Korruption“ missachtet. Es geht darum, dass das kommunale Eigentum der Stadt Eigentum der Gemeinde Ternopols, mit anderen Worten gemeinsamer Besitz aller Stadteinwohner ist. Wie darüber der Stadtrat verfügt, hängen Einnahmen für den Haushalt ab. Der Vorgänger Lewkiws privatisierte spotbillig das Stadtzentrum, und die ersten Etagen des Hauses, in dem die Redaktion der „Reporter“ untergebracht ist, wurden von Verwandten des jetzigen Bürgermeisters privatisiert.

Der Repressionsakt des Bürgermeisteramts gegen die „Reporter“ fiel mit den für die

Stadtväter ungünstigen Stellungnahmen der städtischen Staatsanwaltschaft zeitlich zusammen. Die Staatsanwaltschaft der Stadt zeigte endlich Interesse dafür, dass das Bürgermeisteramt binnen kürzester Frist 4 Mio. Griwna bei dem Wasserkanal* hatte stehlen können, dem es ewig an Geld mangelt, indem es die Eigentümer der Baufirmen (sie sind Busenfreunde, wenn nicht Kumpanen des Bürgermeisters) von der Einzahlung ihrer anteiligen Beträge zur Ausweitung und Rekonstruktion der städtischen Wasserversorgungsobjekte freistellte. Diese Mittel hätte man für die Renovierung der Wasserleitungen einsetzen können, doch Lewkiw wälzte die Probleme seiner kommunalen Wirtschaft auf die Schultern der Stadteinwohner ab, indem er die Tarife für Wärme- und Wasserversorgung erhöhte... Über Fakten und Dokumente, die Korruptionshandlungen bestätigen, infolge deren der Wasserkanal unterfinanziert wurde, verfügte die gesellschaftliche Organisation „Reporter“ seit langem - wir reichten entsprechende Anträge an die Staatsanwaltschaft ein, veranstalteten Protestaktionen, aber...“

Ehemaliger Steuerbeamter wird politisch verfolgt

■ **Igor Lech teilte auf der Pressekonferenz mit, dass am 4. November eine Gerichtsverhandlung habe stattfinden müssen, auf der über seine Wiedereinsetzung in der Funktion, moralische Schadenswiedergutmachung und Anerkennung einer Reihe von Anordnungen und anderen Dokumenten für rechtswidrig zu entscheiden war. Doch fehlte der Staatsanwalt unentschuldig, wieso die Verhand-**

lung seines Falls abermals verschoben wurde

Wie die Zeitung „Ukraina i mir segodnja“ mitteilt, hätten die Entlassung des Steuerbeamten Igor Lech, der als Vorsitzender die Rowenska Regionalorganisation der Volksdemokratischen Partei (NDP)* leitet, und die darauf folgenden Rechtsstreite eine große gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregt. Vor allem deswegen, weil die Entlassung gesetzwidrig und in dem Augenblick erfolgte, als der Beamte das Krankenbett hüten musste.

Aus diesem Anlass wandte sich der Vorstand der regionalen Organisation der NDP an den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Juschtschenko. Doch der Garant der Verfassung ließ keinen Finger rühren, die Gerechtigkeit wiederherzustellen. Indem die örtliche Macht ihre Straflosigkeit spürte, überschritt sie buchstäblich alle Schranken und ging gegen Igor Lech und seine Familie mit banditenartigen Methoden vor.

In der Nacht auf den 4. November, als er sich mit der Familie auf dem Lande befand, verübte man in Igor Lechs Wohnung einen Einbruchsdiebstahl. Über den Raubüberfall wurde gegen 16.00 Uhr bekannt. Der Betroffene rief sofort die Polizei an, die sich nicht von der besten Seite zeigte, indem sie aus allerlei Ausreden die Zuschickung eines Untersuchungsteams verschleppte. Drei Stunden später konnte sich die Gruppe endlich „zusammensetzen“ und kam am Tatort an. Unter den gestohlenen Gegenständen befanden sich goldene Schmucksachen der Frau, ein Pelzmantel, ein Feuerzeug des Sohns und Parfumdosen, während das TV-Gerät, der Personalcomputer und andere Wertgegenstände an Ort und Stelle blieben. In der Wohnung herrschte ein großes Durcheinander. Allem Anschein nach haben hier Profis gearbeitet, die Geheimdienste nicht ausgeschlossen, die vor allem nach Dokumenten suchten.

* Ein kommunaler Betrieb, der für die Wasserversorgung der Stadt zuständig ist

* NDP - eine zentristische Partei, die sich in der Opposition gegen die aktuelle Macht befindet

Das Aufschlussreichste in der gegebenen Situation wurde aber die sofortige Ankunft einer zweiten 6-köpfigen Gruppe der Ordnungshüter mit dem Abschnittsbevollmächtigten Wlasjuk an der Spitze, der mit der Verordnung „Über die Festnahme I. I. Lechs“ ausgestattet war. In der vom Untersuchungsrichter der städtischen Staatsanwaltschaft Lupak abgezeichneten Verordnung wurden keine Gründe bzw. Motive der Festnahme angegeben. Die eingetroffenen Rechtsanwälte befanden die Verordnung für gesetzwidrig. Bezeichnend war auch, dass darauf der Stempel fehlte, und sich die Polizisten nicht einmal ausweisen wollten.

Diese Konfliktsituation zog eine Verschlimmerung des Gesundheitszustands Lechs nach sich, der wegen der Herzerkrankung der dritten Invaliditätsgruppe zugeordnet ist. Doch es zeitigte keine Wirkung auf die Mitarbeiter der Rechtschutzorgane, und nur die angekommene Ärztebrigade des Rettungsdienstes konnte die Polizei überzeugen, dass der Patient im aktuellen Zustand nicht einmal ins Krankenhaus transportiert werden durfte.

Die wichtigste Ursache der Repressionen liegt darin, mithilfe der Rechtschutzorgane einen Konflikt zu provozieren und die NDP aus dem Wahlkampf ausscheiden zu lassen. Lech ist sicher: verließ er die Reihen der Volksdemokraten, würde man die Verfolgungen einstellen. Er sei aber entschlossen, auch weiterhin seine Rechte zu verteidigen, und rufe alle auf, die unter Lustrationen gelitten haben, gegen ungesetzliche Verfolgungen zu kämpfen.

Am 9. November reichte Igor Lech dem Generalstaatsanwalt der Ukraine eine Beschwerde über die Handlungsmethoden der Mitarbeiter der Rechtschutzorgane ein.

Wegen Sympathien für Oppositionsparteien entließ die Kreisbehörde Schuldirektor und nötigte seine Frau, eine Hauptärztin, zum Rücktritt

■ Die beiden sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (Ver- einigten)

Wie die Zeitung „Sozialdemokrat“ schreibt, sei Michail Stan eine bekannten Person nicht nur in den Dörfern des so genannten Tereblanslaja Tales*, sondern auch in der weiten Umgebung, insbesondere unter den Mitarbeitern der Volksbildung und im Kreisrat, dem er als Abgeordneter bereits einige Wahlperioden angehört. In seinem Leben arbeitete er als Lehrer, Leiter der Lehrabteilung, Schuldirektor, Dorfbürgermeister in Kolodno und anschließend wieder als Schuldirektor. Seine leitenden Erfahrungen betragen über 30 Jahre.

Die allgemein bildende Ugljanskaja Oberschule, Sakarpatskaja Region, war bislang eine der besten im Kreis. Computer mit Internetanschluss, neue Schulleidung, Schulbus, Gasversorgung des Schulgebäudes – das ist eine bei weitem nicht vollständige Liste der guten Taten des Direktors in den letzten Jahren. Als kompetenter und sachkundiger Fachmann und Leiter wurde er seinen Kollegen im Kreis als Vorbild hingestellt. Für hervorragende Arbeitsleistungen wurde der Direktor auch mehrmals von der Leitung der Kreisabteilung für Volksbildung ausgezeichnet.

Deshalb sind der Zorn, die Erniedrigung und der seelische Zustand dieses bejahrten Mannes, dem nur ein Jahr zum Rentenalter blieb, leicht zu begreifen, als die Herren aus der staatlichen Tjatschewskaja Kreisadministra-

* Ein Verwaltungskreis in der Karpatoukraine

tion, Sakarpatskaja Region ihm „vorschlugen“, aus eigener Initiative zu kündigen.

„Das ist gesetzwidrig und amoralisch“, sagt Michail Stan. Trotz der Drohungen bestand er auf seiner Meinung. Deshalb fingen permanente Prüfungen des Schulbetriebs durch unterschiedliche Kommissionen an. Der Druck, die Suche nach kompromittierenden Umständen wurden tagtäglich und so beharrlich, dass bereits gute Freunde rieten: „Schreib doch das Kündigungsgesuch!“.

Ohne Stans Wissen wurden ihm zwei Verweise erteilt, denen die Entlassung folgte – „wegen systematischer Missachtung der dienstlichen Pflichten“. Der Entlassungsbefehl wurde am dem Tag unterzeichnet, als Stan mit akutem Herzinfarkt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Dann setzten aber Drohungen körperlicher Gewalt an. Seine Frau konnte dem Druck nicht mehr standhalten und reichte das Kündigungsgesuch ein – vom Posten der Hauptärztin des örtlichen Krankenhauses, das erst vor kurzem eröffnet wurde und in dessen Bau sie viele Kräfte und sogar Gesundheit investiert hatte.

So brutal rechnete das Regime mit der Familie ab: nur deshalb, weil sie während der Präsidentschaftswahl auf der Seite des Gegenkandidaten stand: Michail Stan beschäftigte sich im Kreiswahlstab Janukowitschs, und die Eheleute sind Mitglieder der SDPU (V).

Der ehemalige stellvertretende Chef der Kreisadministration, W. Jowdij, beieilte sich mit der Ernennung der neuen Schulleitung, indem er in die Schule kam und als Direktorin eine Lehrerin vorstellte, die sich nicht einmal auf der Reserveliste befunden hatte. Ausschlaggebend war wohl die Tatsache, dass ihr Ehemann zu den „orangenen Revolutionären“ gehört. Die Leiterin der Lehrabteilung konnte ihren Führungsstil nicht mehr ertragen und kündigte vor kurzem.

Man müsste aber nach Gebühr die Anständigkeit vieler Lehrer beurteilen: sie wollten sich mit der Abrechnung mit dem

Schuldirektor nicht abfinden und setzten den Widerstand fort, wofür sie leider mit der Verringerung der wöchentlichen Stunden und dem Verlust der Klassenleitung zahlen mussten, was letztendlich die Gehaltskürzung nach sich zog.

In kurzer Zeit wird die Behandlung im Krankenhaus abgeschlossen, und Michail Stan kommt wieder in seine Schule, weil die rechtliche Begründung seiner Entlassung noch das Gericht entscheiden sollte. In seinem Fall geht es um eine offene Missachtung der gesellschaftlichen Freiheiten und der demokratischen Grundsätze. Ob sich unser Staat für demokratisch halten dürfte, falls er durch Zwangsdiktat die Würde seiner Bürger erniedrigt und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auf der Wahl einschränkt?“, schließt die Zeitung „Sozialdemokrat“ ab.

Mitarbeiterin der Volksbildung verklagt den Chef der Kreisadministration vor Gericht, der sie aus politischen Motiven entlassen hat

■ **Unter die ihm unerwünschten Personen hat der Chef der staatlichen Welikobelozerkaja Kreisadministration, Saporoshskaja Region, Wassilij Birjak, die Abteilungsleiterin für Volksbildung der Kreisadministration, Soja Losewa, gezählt. Die juristische Verteidigung Losewas übernimmt die Saporoshskaja Regionalorganisation der Partei der Regionen**

Wie dazu die örtliche Zeitung „Iskra“ schreibt, hätten wir uns gleich am Anfang der Gerichtsverhandlung überzeugen können, dass die im Kreis angesehene Frau wirklich Beistand

braucht. Vor dem zahlreichen Publikum beschuldigte der Chef der staatlichen Welikobelozerskaja Kreisadministration, Wassilij Birjak, die hoch geschätzte Pädagogin der Erziehung von „moralischen Scheusalen“. Er machte weder vor elementaren ethischen Normen noch vor Gesetzen Halt. In der Verhandlung des Kreisgerichts trat er als Beklagter auf.

Zum ersten Mal verspürte Soja Losewa Druck bereits im April 2005, als die neue Macht noch mit ihrem Regieren anfang.

„Ich sehe für Sie keinen Platz in meiner Mannschaft“, mit solchen Worten begrüßte Herr Birjak Soja Konstantinowna, die nach dem Urlaub im Büro erschien. Eine kurze Zeit darauf wurde Losewa ein strenger Verweis erteilt. Da sie die Strafe für unbegründet hielt und sich mit dem Geschehen nicht abfinden wollte, lehnte Losewa ihre Unterschrift unter dem Dokument ab.

Man hatte sie der Korruption beschuldigt. Die Situation erwies sich wirklich als paradox: in der Oberschule 3 wurden nach dem einstimmigen Beschluss des Elternbeirats je 22 Griwna pro Schüler gesammelt, weil der Bücherbestand der Dorschule keine Lehrbücher hatte. Dieser Fakt diente als ein willkommener Vorwand für die anschließende Gerichtsklage – nicht gegen den Klassenleiter oder Schuldirektor, sondern gegen Soja Losewa, die zur höchsten fachmännischen Kategorie gehört und auf eine 32-jährige pädagogische Laufbahn zurückblicken kann. Indem er Losewa unmöglich machen wollte, bis zur Erreichung des Rentenalters zu arbeiten (es blieben weniger als sechs Monate), beschuldigte sie Birjak des dienstlichen Missverhältnisses und forderte auf, ein Versetzungsgesuch einzureichen. Soja Konstantinowna weigerte sich, wofür ihr die nächste Prämie entzogen wurde.

Die Gründe des Konflikts lagen, wie es sich herausstellte, klar auf der Hand. Losewas Schwester leitete während der letzten Präsidentschaftswahlkampagne die örtliche Parteior-

ganisation der SDPU (V), während sich Birjak zahlreiche Äußerungen an die Adresse der Lehrerin erlaubte, denen der folgende Leitgedanke zugrunde lag: „Ihre Schwester gehört zur Partei der Feinde...“.

Das aktuelle Gehalt Losewas, einer Pädagogin mit 32-jähriger Berufserfahrung, die ihr ganzes Leben dem Lieblingsberuf widmete, beträgt nur noch 550 Griwna, während sie ihre hoch betagten kranken Eltern pflegen muss. Vor zwei Wochen verlor sie ihren Bruder, und der Vater erlitt deshalb einen Nervenschlag...

Die Gerichtsverhandlung in der Klage Losewas wegen einer moralischen Wiedergutmachung wurde auf Drängen Birjaks ein weiteres Mal vertagt. Der Jurist Wladimir Sweschnikow, der im Auftrag der Saporoshska Regionalorganisation der Partei der Regionen die rechtliche Verteidigung der verdienten Pädagogin übernommen hat, schätzt diese Tatsache als vorsätzliche Verzögerung der Gerichtsverhandlung seitens des Kreisadministrationschefs.

Nicht wenige Bürger leiden unter den Resultaten der Situation, die sich im Kreis gebildet hat, weil der Umgang von der Position der Stärke die Norm für den Chef des Welikobelozerskij Kreis geworden ist. Es sei nur daran zu erinnern, dass Birjak mit der Entlassung den Mitarbeitern der Administration drohte, die auf ihren Arbeitstischen Bilder von Wiktor Janukowitsch hatten. Sollte das nicht die Verletzung eines der Punkte des Memorandums zwischen der Macht und Opposition und der Verfassung der Ukraine heißen, in der die Rechte der Bürger auf freie politische Meinungsäußerungen klar, eindeutig und begreiflich festgelegt sind?

Nach dem Machtantritt der Orangenfarbenen wurde für jeden Beamten auf jeder Ebene möglich geworden, pseudodemokratische Parolen für persönliche Abrechnungsakte zu verwenden. Jetzt ist es möglich geworden, schließt die Zeitung „Iskra“ ab, jeder „unerwünschten“ Person für immer die Karriere kaputt zu machen und die Gesundheit zu ruinieren.

Journalisten setzten sich für den Lehrer ein, der politisch verfolgt wird

■ Die Zeitung „Prawda Ukrainy“ wandte sich an den Generalstaatsanwalt der Ukraine mit einem Offenen Brief, in dem die Einstellung der politischen Verfolgung eines Lehrers verlangt wird. Im Brief wird u. a. mitgeteilt:

Am 20. Mai d. J. leitete die Staatsanwaltschaft des Alexandrijskij Kreises, Kirowogradskaja Region, ein strafrechtliches Verfahren gegen den Lehrer der Neswatkiwskaja allgemein bildenden Oberschule, Alexandrijskij Kreis, Nikolaj Jakimtschuk ein, der der Anheizung des zwischennationalen Hasses beschuldigt wird.

In der Ermittlung dieser Sache verstieß sich der Untersuchungsrichter gegen die Strafgesetzzordnung der Ukraine auf das gröbste. Bezeichnend ist u. a., dass zwei Schüler, die gegen ihren Lehrer aussagen, am Tag der „kriminellen Straftat“ in der Schule überhaupt fehlten.

Wir behaupten über eine politisch motivierte Verfolgung des Mitarbeiters der Volksbildung. Am 24. August wurde er in die Reihen des „Forums der politischen Häftlinge“ der Wissenschaftlichen Gesellschaft der Jurastudenten und Aspiranten aufgenommen.

Wir appellieren an Sie, Herr Generalstaatsanwalt, umgehende Schritte zur Einstellung der politischen Verfolgung Lehrer Jakimtschuks seitens der Machtstrukturen der Kirowogradskaja Region zu unternehmen sowie die Amtspersonen zur Verantwortung zu ziehen, die sich der Verletzung der ukrainischen Gesetzgebung schuldig machen, während sie tatsächlich die Rechte der Bürger schützen müssen, wofür sie vom Staat eigentlich bezahlt werden.

Kreisbehörde entlässt aus politischen Motiven Mitarbeiter des Gesundheitswesens und der Volksbildung

■ Wie die Pressestelle der Winnizkaja Regionalleitung der SDPU (V) mitteilt, habe der Chef der staatlichen Gajsinskaja Kreisadministration, Wladislaw Utkin, den Hauptarzt der territorialen medizinischen Kreisverwaltung (RTMO*), Pawel Konstantinow, als Persona non grata bezeichnet

„Überdrüssig“ sei er gar nicht wegen des unbefriedigenden Zustands des örtlichen Gesundheitswesens im Kreis geworden, erklärte Utkin, sondern deshalb, weil „ich während der Präsidentschaftswahl alle moralisch-ethische Verhaltensnormen übertreten haben sollte...“.

Gerade diese Normen hätten nach Meinung des Kreisadministrationschefs auch allen anderen gebrochen, die auf der Wahl nicht Wiktor Juschtschenko, sondern den Gegenkandidaten unterstützten. Deshalb wurden im Kreis der Leiter der Kreisabteilung für Volksbildung, Anatolij Jurtshenko und fünf Schuldirektoren entlassen. Man unternahm ebenfalls den Versuch, die dem Vorsitzenden des Kreisrats Verletzung dieser „Normen“ anzukreiden, doch die Abgeordneten konnten ihn in Schutz nehmen.

Im Gajsinskij Kreis zirkulierten anonyme Fragebögen mit solchen Fragen wie „Was kostete Sie die Behandlung in der RTMO?“ oder „Würden von Ihnen Bestechungsgelder verlangt?“. Es sei zu erwarten, dass diese Fragebögen bald ein originelles Argument für die Verkündung des Urteils für den Hauptarzt werden“, ironisiert die Pressestelle der Winnizkaja Regionalleitung der SDPU (V).

* Eine medizinische Vielfachklinik auf Kreisebene

WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- UND RICHTSORGANE

Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft macht die Fälschung der Kriminalsache gegen den Führer einer Oppositionspartei publik

■ **Der Untersuchungsrichter für besonders gefährliche Verbrechen, Jakow Taktaschow, beschuldigte die Generalstaatsanwaltschaft und einige Staatsmänner der Fälschung der Kriminalsache Boris Kolesnikows* und Einflussnahme auf die Untersuchung**

Wie die Internet-Ausgabe „URA-Inform“ mitteilt, erklärte Jakow Taktaschow, er habe nach dem Buchstaben des Gesetzes gehandelt und dafür seine Arbeitstelle zwei Jahre vor der Pensionierung eingebüßt.

„Ich habe in den Rechtsschutzorganen 15 Jahre lang gearbeitet, davon 11 Jahre als Untersuchungsrichter. In dieser Zeit wurden mir nur Anerkennungen für die Aufdeckung besonders schwerwiegender Verbrechen ausgesprochen. Aber kürzlich, als ich versuchte, den

Tatbestand objektiv zu klären, wurde ich aus der Generalstaatsanwaltschaft buchstäblich rausgeworfen, damit die Verantwortung für das Scheitern dieser Sache auf mich abgewälzt werden kann“.

Der ehemalige Ermittlungsrichter behauptet, er würde versichert, dass „die Sache wie Stahlbeton ist, die Beweislage ist auch stahlbetoniert, und Kolesnikow kann eines langen Freiheitentzugs sicher sein“. Doch während der Ermittlung musste der Richter immer wieder Verdrehungen der Tatsachen und manchmal direkte Urkundenfälschungen feststellen.

Nachdem diese grob zusammen gebastelte Kriminalsache auseinander zu fallen anfangen, wurden Taktaschow allerlei Privilegien angeboten, einschließlich der Beförderung aus der Reihe. Doch als man in den „hohen Etagen“ feststellte, dass der Richter die Untersuchung nicht wie gewünscht, sondern ausschließlich aufgrund der Tatsachen durchführte, wurde er zunächst beurlaubt und anschließend zum Rücktrittsgesuch gezwungen.

Wie der ehemalige Untersuchungsrichter erzählte, sei sein Rücktrittsgesuch mit zahlreichen Verletzungen des Arbeitsgesetzbuchs unterschrieben, deswegen beabsichtige er, das Gericht zwecks Wiedereinstellung in der Funktion anzurufen.

Der Untersuchungsrichter behauptet, der Druck sei nicht nur auf ihn, sondern auf die Richterin des Petscherskij Bezirksgerichtshofs, Angela Strishewskaja, ausgeübt worden, die vor der Verhandlung nur etwa 3,3 Stunden Zeit hatte, um alle 16 Aktbände studieren zu können. Gerade diese Frist sei von der Zuleitung der Sache an das Gericht um 10.30 Uhr am 2. Juni bis zur Verhandlung vergangen, die um 14.00 Uhr des gleichen Tages eröffnet wurde.

Jakow Taktaschow verweigerte die Benennung der Personen, die auf ihn unmittelbar Druck ausgeübt haben. „Es handelt sich um sehr ranghohe Personen, die ich solange nicht benennen möchte: die Zeit dafür ist noch nicht reif“, sagte er.

* Der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrats, Boris Kolesnikow, befand sich vom 6. April bis zum 2. August 2005 in Haft und wurde gegen die schriftliche Verpflichtung des Ausreiseverbots freigelassen. Das strafrechtliche Verfahren wurden gegen ihn im vergangenen Februar eingeleitet, bald darauf, nachdem Wiktor Juschtschenko Präsident der Ukraine geworden war. Ausführlicher berichtet davon das Bulletin „Menschenrechtverletzungen und politische Repressalien in der Ukraine“, die Ausgaben Mai und Juli 2005

Rechtsanwalt verlangt Heranziehung der Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft zur Verantwortung, die die Rechte seines Mandanten verletzt haben

■ Am 7. November berief der Mitarbeiter der amerikanischen Rechtskanzlei „Miller & Chevalier“ und Rechtsanwalt von Boris Kolesnikow, Richard Hayby, eine Pressekonferenz zum Thema „Die Sache Kolesnikow – erlogene Inhalte und Aussichten im Europäischen Gerichtshof“ ein



Richard Hayby

In Richard Hayby's Erklärung, die der Donezkij Regionalrat verbreiten ließ, wird u. a. mitgeteilt:

„Während der Haftfrist haben wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf himmelschreiende Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte Boris Kolesnikows und seiner Menschenrechte durch die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine gerichtet.

Wir stellten fatale Fehler in den so genannten Zeugenaussagen gegen ihn bloß und bewiesen, dass sie nicht für Schuldbeweise taugen. Bis zu seiner Freilassung fällten die Richter immer wieder Beschlüsse über die Haftverlängerung, indem sie sich zu Mitbeteiligten dieser vorsätzlichen Untersuchung machten.

In Person des Oberuntersuchungsrichters Taktaschow haben wir eine Person, die für die Rolle eines „staatsanwaltlichen Sündenbocks“ gefunden wurde. Man ruinierte seine Laufbahn um zu vertuschen, was die Staatsanwaltschaft in Bezug auf Herrn Kolesnikow angerichtet hat.

Um die Anschuldigungen gegen die Generalstaatsanwaltschaft untersuchen zu können, muss ein unabhängiger Rechtsanwalt berufen werden, und bei der Untersuchung müssen aus-

ländische Personen und Organisationen mitwirken.

Sollten die Personen, die hinter dieser rechtswidrigen und unbegründeten Untersuchung stehen, nicht zur Verantwortung infolge einer wirklich unabhängigen Untersuchung herangezogen werden, ist Herr Kolesnikow bereit, zu diesem Zweck einen gerichtlichen Prozess in der Ukraine zu initiieren, gegebenenfalls auch im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Vorsitzender der Untersuchungskommission der Werchowhaja Rada erklärt, die Macht lasse keine Schutzmechanismen für Bürgerrechte zu

Der Volksabgeordnete der Ukraine und Vorsitzender der parlamentarischen Untersuchungskommission zur Einhaltung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger, Wiktor Mussijaka, führe in seinem Interview der Internet-Ausgabe „URA-Inform“ u. a. aus:

„Die vom mir geleitete Kommission wurde gerade dann gebildet, nachdem es zu Kompliziertheiten im Zusammenhang mit der Festnahme Herrn Kolesnikows gekommen war. Dementsprechend reagierten wir sofort, indem wir uns mit dem Ermittlungsrichter



Wiktor Mussijaka



Raisa Bogatyrewa

und Herrn Kolesnikow selbst in der Beugehaft trafen sowie uns an die Generalstaatsanwaltschaft wandten. Die Erklärung Taktaschows bestätigt nur unsere Einschätzungen: die Anklage ist leer und unbegründet gewesen.

Die Bürger erwarten Antworten und bestimmte Ergebnisse von unserer Kommission. Doch es gibt da eine juristische Nuance, weil der Status der Untersuchungskommissionen der Werchowonaja Rada noch nicht festgelegt worden ist. Die Macht will diese Kommissionen nicht mit entsprechenden Zuständigkeiten versehen, sie ist nicht interessiert, dass das Parlament Mechanismen aufbaut, die bürgerliche Rechte verwirklichen und verteidigen können. Das ist ein wunder Punkt aller Kommissionen, unsere eingeschlossen“.

Oppositionspartei übernimmt den Schutz des ungesetzlich entlassenen Untersuchungsrichters vor politischen Verfolgungen

Die Leiterin der Fraktion „Regionen der Ukraine“ der Partei der Regionen, Raisa Bogatyrewa, sagte in ihrer Rede vor der Werchowonaja Rada am 2. November u. a. folgendes:

„Ein öffentliches Bekenntnis der Präsidenten zu seiner Skrupellosigkeit und

Kurzichtigkeit bei der Bildung der höchsten Machtorgane könnte noch die Vertrauenszerstörung zu ihm stoppen.

Solange es sich aber der Präsident nicht übers Herz bringt, hat uns allen ein anderer Mensch eine öffentliche Lehre der Ehre und Wahrheit geliefert: der Bürger Jakow Taktaschow, der vorsätzlich des Posten eines Oberuntersuchungsrichters der Generalstaatsanwaltschaft enthoben wurde. Ohne eine politische bzw. professionelle Immunität zu genießen, sagte er öffentlich für die ganze Ukraine gegen die jetzigen allmächtigen stellvertretenden Generalstaatsanwalt Schokin, den stellvertretenden Innenminister Moskal, den Chef der Hauptverwaltung für Bekämpfung der organisierten Kriminalität Kornitsch und faktisch gegen den Innenminister Luzenko aus.

Nach Inhalt und Beweislage kann Taktaschows Erklärung als Anklage gegen diese Beamten und die Macht aufgenommen werden, die die Untersuchung gegen Boris Kolesnikow in Auftrag gegeben und sie gefälscht haben.

Gerade der Untersuchungsrichter stellte sich zum Schutz des Angeklagten und beschuldigte die Generalstaatsanwaltschaft, zu einer Abteilung für Kundendienst mutiert zu sein. Der Preis für solch eine Wahrheit kann

in unserer Rechtsprechung das Gefängnis sein.

Deshalb übernehmen wir, im Unterschied zum Präsidenten, die Verantwortung, Taktaschow vor Verfolgungen zu schützen“.

Darüber hinaus verlangte die Fraktion der Partei der Regionen von der Generalstaatsanwaltschaft, eine allseitige und objektive Überprüfung Taktaschows Erklärung durchzuführen, die alle benannten Figuren betreffen sollte, sowie den Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun zur Verantwortung zu ziehen.

Aussage des Generalstaatsanwalts bestätigt die Existenz von Auftragskriminalen in der Ukraine

■ Auf seiner Pressekonferenz am 23. Oktober erklärte Swjatoslaw Piskun*, dass er von Innenminister Juri Luzenko gezwungen worden war, das Gesetz zu brechen

Wie die Internet-Ausgabe „Ukrpartinform“ mitteilt, habe sich Piskun an den Innenminister folgendermaßen gewandt: „Sehr geehrter Juri

* Durch den Präsidentenerlass vom 14. Oktober wurde Swjatoslaw Piskun der Funktion des Generalstaatsanwalts der Ukraine entbunden. Am 18. November wurde Piskuns Entlassung vom Schewtschenkowskijs Bezirksgerichtshof Kiew für rechtswidrig befunden. In ihrer Stellungnahme erklärte die Partei der Regionen dazu wie folgt: „Dass der Generalstaatsanwalt entlassen wurde, zieht viele Fragen nach sich, weil es allgemein bekannt ist, dass er sich in letzter Zeit aktiv mit der Ermittlung der Korruptionsfälle in den höchsten Machttagen beschäftigte. Gleich nach Piskuns Entlassung wandte sich Wiktor Janukowitsch an den Präsidenten der Ukraine mit der Bitte, dem ukrainischen Volk die Gründe für diesen Schritt zu erläutern. Doch die Antwort des Staatsoberhauptes bleibt bislang aus. Solch eine Undurchschaubarkeit der Macht wäre dem Vertrauen zu ihr kaum förderlich“.



Swjatoslaw Piskun

Witaljewitsch, ich kann stolz darauf sein, dass ich es Dir nicht gestattet habe, in der Ukraine ein Regime der ungesetzlichen Grenzenlosigkeit einzuführen. Dass ich nach der damaligen Liste, mit der Du herumgelaufen bist, keine rechtswidrigen Entscheidungen getroffen habe. Ich bin glücklich, dass ich das Gesetz kein einziges Mal übertreten habe, trotz Deiner nachdrücklichen und flehentlichen Bitten“.

Die Internet-Ausgabe „ForUm“ zitiert auch die Worte Piskuns, dass „die Machthabenden tausende legitime Beschlüsse nicht erfüllen, die von Gerichten getroffen werden“.

Des Separatismus verdächtigem Politiker wird die Einsicht in die Unterlagen der gegen ihn eröffneten Kriminalen verwehrt

■ Seit Juni ignoriert die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine das Recht des Vorsitzenden des Luganskij Regionalrats, Wiktor Tichonow, auf die Einsicht in die Akten der gegen ihn

eingeleiteten Kriminalsache wegen des so genannten Separatismus*

Wie der persönliche Informationsserver des Führers der Partei der Regionen mitteilt, habe der Petscherskij Bezirksgerichtshof am 29. Juli 2005 der Klage Tichonows stattgegeben, die von seiner Anwältin Elena Lukasch vorgetragen wurde. Darin beschwerte sich ihr Mandant über den Untersuchungsrichter der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, der dem Angeklagten und seiner Anwältin in der Realisierung des legitimen Rechts, zum Studium der Kriminalakten die darin enthaltenen Dokumente zu kopieren (insgesamt 48 Bände durchschnittlich je 200 Seiten).

Trotz der zweifelsohne gesetzwidrigen Handlungen des Untersuchungsrichters legte die Generalstaatsanwaltschaft Einspruch gegen den legitimen und begründeten Beschluss des Bezirksgerichtshofs ein.

Am 20. Oktober 2005 wies das Appellationsgericht Kiews die Berufungsklage der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine gegen den Beschluss des Petscherskij Bezirksgerichtshofs Kiews in der Kriminalsache Tichonows zurück.

Auf diese Weise verteidigte das Appellationsgericht Kiews das legitime Recht des Angeklagten auf Verwendung des Kopiergeräts und ließ den Rechtsspruch des Petscherskij Gerichtshofs rechtskräftig.

Im Interview der Internet-Ausgabe „URA-Info“ stellte Wiktor Tichonow dazu u. a. fest:

„Leider befolgen heute alle Machtgremien, einschließlich der Generalstaatsanwaltschaft, die Politik des Präsidenten. Im Grunde genommen, war es auch früher der Fall, es gab aber keinen so starken Druck seitens der Macht auf

* Der Vorsitzende des Luganskij Regionalrats, Wiktor Tichonow, gehörte zu den ersten, die wegen des Anschlags auf die territoriale Integrität und Untastbarkeit der Ukraine angeklagt wurden. Die Anklage gegen Tichonow nach dem Artikel 110 des StGB der Ukraine ist die erste offizielle Anklage in strafrechtlichen Verfahren wegen Separatismus, da bis jetzt nicht geschlossen wurden

diese Struktur. Nach der Wahl ist bereits ein Jahr vergangen, doch die Menschen haben darunter bis jetzt zu leiden. Bis jetzt werden tausende unschuldige Menschen verhört, sie werden bestraft oder bedingt verurteilt.

Das geschieht nur deshalb, weil sich die Rechtschützer mit etwas Anderem beschäftigen und nicht damit, was sie eigentlich tun müssen. Früher waren die regionalen Staatsanwaltschaften, genau so die Generalstaatsanwalt des Landes, die letzten Instanzen, denen die Menschen vertrauten. Heute ist nicht nur das Vertrauen ruiniert – die Staatsanwaltschaft wird für die Dienerin der Macht gehalten. Wie seine Vorgänger, kann auch der neue Generalstaatsanwalt Medwedjko* nur mit gebundenen Händen arbeiten. Die Zeit wird aber kommen – er wird genau so abgesetzt, wie Piskun oder die früheren Amtsinhaber entlassen wurden. Obwohl, und das möchte ich unterstreichen, geht es im Fall Medwedjkos um einen Profi, der eine ernsthafte Schule hinter sich hat.

Wieso sind bis jetzt dutzende Journalistenmorde nicht aufgeklärt, wieso hat man die Sachen des ehemaligen Innenministers und des Ministers für Transportwesen und Kommunikation vertuscht?** Es ist doch allen klar, dass es keinen Selbstmord gegeben hat, obwohl man uns zu beweisen versuchte, dass man gegen sich zwei Schüsse abfeuern könnte (!). Ich habe persönlich die beiden gut gekannt: sie waren mutige und standhafte Menschen, die sich nicht erschießen konnten. Aber aus

* Am 4. November unterschrieb der Präsident den Erlass über die Berufung Alexander Medwedjkos zum Generalstaatsanwalt der Ukraine. Am 14. Oktober wurde der Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun entlassen. Am 18. November befand der Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshof Piskuns Entlassung für rechtswidrig

** Nach dem Sieg Wiktor Juschtschenkos auf der Präsidentschaftswahl kamen die ehemaligen ukrainischen Minister für Transportwesen und Kommunikation sowie des Inneren um. Die hauptsächlichste Untersuchungsversion lautet auf Selbstmord

unbekannten Gründen wurden sie am nächsten Tag begraben und vergessen. Das wäre ein breites Tätigkeitsfeld für die Generalstaatsanwaltschaft gewesen, davon abgesehen, wer augenblicklich an der Macht ist.

Seit 11 Jahren stehe ich bereits auf der höchsten Stufe der regionalen Führung, aber zum ersten Mal kann ich nicht begreifen, was im Lande los ist. Wenn eine bestimmte Kraft an die Macht gekommen ist, müsste sie ihre Positionen ausbauen – augenblicklich erleben wir aber das Gegenteil. Die Personalpolitik des Präsidenten ist unbegreiflich, weil an der Spitze der Administrationen, Verwaltungen und Abteilungen absolut zufällige Personen stehen, die weder über Lebens-, noch Berufserfahrungen verfügen.

Soweit ich weiß, werden jetzt über 130 regionale und Kreisadministrationen von den Leuten geleitet, die nicht einmal Hochschulbildung aufweisen können. Darüber gibt es eine Denkschrift an den Präsidenten, der aus unerklärlichen Gründen keine Maßnahmen einleitet. Der Eindruck entsteht, als ob die heutige Macht beauftragt worden wäre, das Land zu ruinieren, deshalb unternimmt sie alles Mögliche, die Ukraine vor aller Augen zu besudeln – des eigenen Volkes und der gesamten internationalen Gemeinschaft. Wir werden schon nicht mehr verstanden. Heute pflegt man auf Kutschma zu schimpfen: jawohl, er hat Administrationschefs dutzende Male gewechselt, doch immer erreicht, dass die Menschen vor Ort arbeiten“.

Volksabgeordneter beschuldigte Untersuchungsrichter der Staatsanwaltschaft fahrlässiger Ermittlung in der Kriminalsache

■ In seiner Rede vor dem Parlament am 2. November führte das Fraktions-

mitglied der Kommunistischen Partei der Ukraine, Wladimir Pusakow, u. a. aus:

„Nach dem Machtantritt der orangefarbenen Kräfte läuft jetzt in der Kiriwogradskaja Region eine Kampagne politischer Verfolgungen, um die Menschen, die auf der anderen Seite der Barrikaden gestanden haben, in Miskredit zu bringen. In ihren strafrechtlichen Verfahren wird umgehend und schnell verhandelt, während dutzende Kriminalsachen über Banditentum und Morde jahrelang unaufgeklärt bleiben, staubig und ad acta gelegt werden.

Ich appelliere an die Generalstaatsanwaltschaft gegen die fahrlässige Untersuchung in einer Kriminalsache.

Sie betrifft die zwei jungen Mütter, Nadescha Schischazkaja und Olga Bednjak, die vor zwei Jahren ihre Söhne verloren haben. Dafür trägt der betrunkene Fahrer Beswerchij die Schuld, der einen Ford fuhr, die Straßenverkehrsordnung verletzte und die Jungen anfuhr. Alle Umstände wurden zu Protokoll genommen, von den Ermittlungsorganen untersucht und zur Vorbereitung eines Verfahrens an das Gericht eingereicht.

Doch die Situation ist einfach paradox! Die vorgerichtliche Untersuchung des Todesfalles beider Jungen zieht sich bereits seit zwei Jahren hin, der Mörder befindet sich auf freiem Fuße, während der Untersuchungsabschluss aus unbegreiflichen Gründen immer wieder verschoben wird. Beswerchij selbst legt der Untersuchung Hindernisse in den Weg, nach seiner Ablehnung wurden bereits drei Ermittlungsrichter und der Rechtsanwalt gewechselt. Seitens des Schuldigen wird auf die Familien der Betroffenen permanenter Druck ausgeübt.

Wie lange dürften noch die Mütter gequält werden, die ihre Söhne verloren haben? Wo bleibt eine gerechte und menschenfreundliche Rechtsprechung, die uns Herr Juschtschenko versprochen hat?“.

Rechtsanwälte erklären über die Korruptiertheit der Richter in der Ukraine

■ Die Mitarbeiter der rechtsanwältlichen Firma „Pravis. Wlasenko, Resnikow und Partner“ erklärten auf ihrer Pressekonferenz, sie würden sich binnen Monatsfrist der Teilnahme an den Gerichtsverhandlungen enthalten, indem sie ihrem Protest gegen die „Umwandlung der Richterschaft in Werkzeuge des Verbrechens“ Nachdruck verleihen wollen

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, haben Aleksej Resnikow und Sergej Wlasenko vor einem Jahr die Interessen Wiktor Juschtschenkos im Obersten Gerichtshof vertreten und gehofft, dass sich die Richterschaft der Ukraine mit dem Machtantritt der neuen „orangenen“ Mannschaft reinigen würde.

„Jetzt müssen wir aber in voller Verantwortung feststellen, dass in der Rechtsprechung keinerlei positive Veränderungen eingetreten sind“, behaupten die angesehenen ukrainischen Rechtsanwälte. „Die Gerichtsinstanzen verhandeln in Klagen und fällen Urteile, ohne die Beklagten anzuhören, indem sie um ihr legit-

imes Recht auf Verteidigung kommen.

Die Richter stempeln nur fertige Urteile ab, die von fremden Personen vorbereitet und geschrieben werden. Faktisch mutieren die Gerichtsverhandlungen zu einer Farce, weil doch über alles im Voraus entschieden ist. Die Gerichte nehmen Klagen an, nach denen bereits Entscheidungen von anderen Gerichten getroffen sind, einschließlich der höchsten gerichtlichen Instanz der Ukraine, des Obersten Gerichtshofs. Dadurch werden die elementaren rechtlichen Grundlagen missachtet, weil die wiederholte Verhandlung eines bereits entschiedenen Falls unzulässig ist.

Es bildet sich ein groß angelegtes System von Bestechungen der Richter, politischen Abstimmungen und Verbindungen. Als Resultat werden Urteilsprüche gefällt, die von Geld oder Politik motiviert sind. All das kann nur Korruption heißen“.

Aleksej Resnikow und Sergej Wlasenko wollen demnächst solche Gesetzentwürfe ausarbeiten, die die ukrainische Rechtsprechung radikal transformieren können. Insbesondere geht es um den Gesetzentwurf „Über Gewährleistungen für Publizität und Transparenz des Gerichtsverfahrens“, nach dem die Richter das Recht verlören, Vertreter der Massenmedien nicht in den Gerichtssaal zuzulassen, - einige wenige Verfahren, wie z. B. über Staatsgeheimnisse oder Geheimnis der Adoption, ausgenommen.

DRUCK AUD UNTERNEHMER

Politiker beschuldigen den Gouverneur gesetzwidriger Aktivitäten, die brutale Abrechnungen mit Unternehmern nach sich zogen

■ Am 15. November machte die Partei „Pora“* auf ihrer Pressekonferenz neue Fakten der kriminellen Aktivitäten des Chefs der staatlichen Tschernigowskaja Regionaladministration, Wladislaw Atroschenko, bekannt

Die Partei „Pora“ informierte die Öffentlichkeit auch früher über gesetzwidrige Handlungen der neuen Macht, die den Wahlversprechungen am Vorabend und im Laufe der „orangenen Revolution“ zuwiderlaufen.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, habe das Mitglied des politischen Parteirats, Walerij Borowik, erklärt, dass bis jetzt die Mordfälle der Gesellschafter des Handelsmarktes „Niwa“ in Tschernigow nicht aufgeklärt worden sind. Der Markt war das erste Unternehmen, das in den Besitz der Strukturen gebracht wurde, die unter Atroschenkos Kontrolle stehen. Einer der Gesellschafter, Roman Butschkowskij, wurde am 9. Mai 2005 durch einen Kopfschuss getötet. Einen Monat zuvor kam unter rätselhaften Umständen noch ein weiterer Marktgesellschaftler, Walerij Martschenko, um.

* Die Partei wurde erst in diesem Jahr gegründet. Als gesellschaftliche Organisation hat „Pora“ auf der Präsidentschaftswahl aktiv Wiktor Juschtschenko unterstützt



Wladimir Stretowitsch

Anfang Mai wandte sich an die regionale Staatsanwaltschaft der dritte Gesellschafter des „Niwa“, Ruslan Litowtschenko, der sich über Erpressung beschwerte. Am 15. Mai 2005 wurde er an der Türschwelle seiner Wohnung ebenfalls durch einen Kopfschuss getötet.

Der Geschäftsführer der „Universal GmbH“, Walerij Pilipenko, versucht jetzt, auf dem gerichtlichen Wege sein altes Unternehmen zurückzubekommen, doch er befürchtet sein eigenes Leben und das Leben seiner Verwandten. Nachdem der Gerichtsprozess angefangen hatte, wurde er von einer Gruppe bewaffneter Personen außerhalb der Stadt gebracht und aufgefordert, auf den Rechtsstreit zu verzichten und die Eigentumsrechte auf den Markt dem Handelszentrum „Detskij mir“ abzutreten, das der Gesellschaft „Grandis“ gehört. Bekanntlich steht die Gesellschaft unter persönlicher Kontrolle Atroschenkos.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Werchowynaja Rada für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption, Wladimir Stretowitsch, verglich Wladislaw Atroschenko mit einem verwundeten Wildtier, der auf Suche

nach seinem Schutz jeglichen Realitätssinn verloren hat. So hält der Volksabgeordnete die Anschuldigung in Korruption, die Atroschenko gegen Stretowitsch erhoben hat, für die Reaktion auf sein Schreiben an den Premierminister Juri Echanurow, in dem ausführlich „der Mechanismus der kriminellen Aktivitäten des Gouverneurs der Tschernigowskaja Region“ geschildert wird.

Trotz der bekannt gegebenen Fakten, des Anschreibens an die Generalstaatsanwaltschaft und der öffentlichen Appellation an den Präsidenten der Ukraine wurde Wladislaw Atroschenko seines Postens des Chefs der staatlichen Tschernigowskaja Regionaladministration nicht enthoben.

„Die neue Macht streifte leider die Laster nicht ab, die dem alten Regime eigen waren. Nach wie vor existieren „untastbare“ Amtspersonen, die sich nur auf dem Korruptionsfeld bewegen können“, stellte Walerij Borowik, Mitglied des politischen Parteirats der „Pora“, fest. „Das beweist auch die lebhafteste Auseinandersetzung auf dem vergangenen Parteitag. Sie entbrannte deshalb, weil einzelne Personen, die in Korruptionsskandalen verwickelt wurden, bis jetzt aus den Leitungsgremien der Partei nicht ausgeschlossen sind“*.

Walerij Borowik wandte sich an den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, mit der Aufforderung, neue Fakten der krim-

inellen Tätigkeiten Wladislaw Atroschenkos in Betracht zu ziehen und ihn des Postens des Chefs der staatlichen Tschernigowskaja Regionaladministration zu entbinden.

Taxifahrer protestierten gegen Druck auf Privatunternehmer

■ Am 3. November veranstalteten die Taxifahrer aus 26 Regionen eine Protestaktion

Wie die Internet-Ausgabe „URA-Inform“ mitteilt, habe die Regierung den Forderungen der Taxifahrer nicht entsprochen, die noch am 23. September geltend gemacht wurden.

Insbesondere verlangte ihre Gewerkschaft die Überarbeitung des Gesetzentwurfs „Über Abänderungen des Gesetzes der Ukraine „Über den Straßentransport“. Die Taxifahrer sind der Meinung, dass nach dem Gesetz der private Dienstleister in mittleren und kleineren Städten der Ukraine tatsächlich beseitigt würde, wieso tausende Menschen ihre Familien nicht mehr ernähren können.

Des Gesetz sieht keine Teilnahme der Gewerkschaften am Entscheidungsprozess über private Verkehrsbetriebe, während alle erforderlichen Dokumente und Genehmigungen ausschließlich von kommunalen Selbstverwaltungsorganen erteilt würden. Es würde auch zum Qualitätswechsel der Dokumente kommen, die die Berufsausübung als Taxifahrer festlegen. Wenn der Taxifahrer jetzt 15 Papiere ständig bei sich führen soll, so steigert der Gesetzentwurf ihre Anzahl auf 19. Gleichzeitig würde die Prozedur ihrer Erstellung noch teurer und komplizierter sein.

* Am 12. November fand in Kiew der zweite Kongress der präsidentennahen Partei „Volksunion „Unsere Ukraine“ statt, an dem Wiktor Juschtschenko teilnahm. Der Kongress fing mit der lautstarken Forderung des Delegierten der regionalen Organisation aus Ushgorod an, aus dem politischen Rat der Partei einige höchste Mitglieder wegen Korruption auszuschließen. Es ging um ehemalige Minister, Mitarbeiter des präsidentialen Sekretariats und den Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, die ihre hohen Posten nach dem Sieg Wiktor Juschtschenkos bekommen haben. Auch die ehemalige Premierministerin der Ukraine, Julia Timoschenko, hatte einzelne Mitglieder der NSNU angeschuldigt, korumpiert zu handeln

NICHTEINHALTUNG DER BÜRGERRECHTE

Ehemalige Mitarbeiter des Innenministeriums erklären, dass sie unter Druck kündigen mussten

■ Am 18. November fand in der Ukrainischen Nationalen Nachrichtenagentur die Pressekonferenz zum Thema „Personalpolitik des Innenministers Juri Luzenko“ statt, auf der über zahlreiche und unbegründete Entlassungen der Polizeibeamten im System des Ministeriums des Inneren (Mdl) berichtet wurde

Wie davon die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, habe der Polizeioberstleutnant a. D., der ehemalige Kommandeur der Sondereinheit „Berkut“, Gennadij Abramtschuk, den anwesenden Journalisten über seine unbegründete Absetzung mit der anschließenden Versetzung in den Ruhestand erzählt. Dabei hatte der 41-jährige Oberstleutnant in seiner 20-jährigen beruflichen Karriere keine einzige Disziplinarstrafe gehabt, nur Belobigungen und Auszeichnungen.

Abramtschuks Rechtsanwalt, Roman Rosmetow, bestätigte, dass der „Berkut“-Kommandeur zur Entlassung genötigt worden war: „Laut Disziplinarordnung des Innenministeriums gab es keine Grundlagen für seine Absetzung“.

Auch der frühere Kommandeur der Sondereinheit „Titan“, Wadim Bertenjew, teilte mit, die Einheit „Titan“ sei durch den Befehl vom 16. Mai 2005 im stillen aufgelöst worden, worüber selbst der Einheitskommandeur erst einen Monat später in Kenntnis gesetzt wurde:

„Im Laufe dieses Monats wurde eine außerplanmäßige Überprüfung der bereits nicht existenten Einheit durchgeführt, nach ihren Ergebnissen wurden Disziplinarstrafen verhängt. Als Resultat blieben 30 Mitarbeiter arbeitslos, weil sie ihre unbegründeten Versetzungen auf niedrigere Posten ablehnten“.

Wie der bekannte Rechtsschützer und Vorstandsvorsitzende der Internationalen Liga zum Schutz der Bürgerrechte in der Ukraine, Eduard Bagirow, feststellte, herrsche „in der Personalpolitik des Innenministeriums ein totales Durcheinander. Massenweise Entlassungen und Absetzungen im System des Innenministeriums sind als Menschenrechtsverletzungen der ukrainischen Bürger einzuschätzen“.

Der Ratsvorsitzende der Gewerkschaft der attestierten Polizeimitarbeiter des ukrainischen Mdl, Grigorij Kabantschenko, führt die Missachtung der Rechte der Polizisten auf fehlende Gesetzgebung zurück, die ihre Tätigkeit festzulegen hätte. Für die Polizeimitarbeiter gelten weder der militärische Kodex noch das zivile Arbeitsgesetzbuch, ihre Tätigkeit wird nur durch amtliche Rechtsvorschriften geregelt.

Nach Kabantschenkos Worten, gedeihen im Mdl fehlerbehaftete Bestrafungspraktiken für die so genannte „Erziehungsarbeit“, anders gesagt: praktisch für nichts. Bei Vergehen eines einzelnen Mitarbeiters werden alle bestraft: vom Chef bis zu seinem einfachen Kollegen. In manchen Fällen erstreckt sich diese Kette bis auf 153 Personen. Der polizeiliche Gewerkschaftsführer gab zu, in der Personalpolitik Luzenkos habe es „revolutionäre Übergriffe“ gegeben.

Auf Stadtratabgeordnete, die gegen die Erhöhung von kommunalen Tarifen protestieren, wird Druck ausgeübt

■ Am 21. November erklärte der sozialdemokratische Führer in Dnepropetrowsk, Gennadij Gwosdew, auf einer Pressekonferenz, dass in dieser Regionalstadt bereits seit über einem halben Jahr gegen die Erhöhung von kommunalen und Wohnungstarifen gekämpft wird

Wie die Pressestelle der SDPU (V) mitteilt, hätten im Mai d. J. die örtlichen Sozialdemokraten mit Unterstützung der Stadtratabgeordneten der staatlichen Stadtadministration nicht erlaubt, die Preise um das 2,5 fache zu erhöhen. Doch im Herbst steigerte die Macht die Preise durch einen Willensakt und versuchte unter Einsatz aller ihrer behördlichen Mittel, auf die Abgeordneten zu „drücken“, damit sie auf der nächsten Tagung die Tariferhöhungen absegnen.

Als Beispiel führte Gennadij Gwosdew den stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Rudjak, an, der zu sich Mitglied der SDPU (V), Aleksej Grigoruk, vorgeladen und ihn um Unterstützung der Tariferhöhung „gebeten“ hatte. Der Fraktionsleiter der SDPU (V) im Stadtrat, Alexander Doroschenko, fügte hinzu, darüber hinaus seien ihm noch mehrere ähnliche Beispiele bekannt.

Oppositionspartei setzte sich gegen Verletzung der studentischen Rechte ein

■ Am 1. November 2005 haben über 300 Studenten, von der Jugendorganisation der Donezkaja Regionalorganisation der SDPU (V) inspiriert, Streikposten vor dem Gebäude der staatlichen Donezkaja Regionaladministration aufgestellt, um ihren Protest gegen niedrige studentische Stipendien zum Ausdruck zu bringen

Wie die Pressestelle der Donezkij Regionalleitung der SDPU (V) mitteilt, habe Alexander Mosin, der in der regionalen Leitung der Partei für die Jugendarbeit zuständig ist, den Journalisten den Grund für die studentische Unzufriedenheit wie folgt erklärt:

„Heute macht ein gewöhnliches Stipendium etwa 100 Griwna* aus. Bei ausgezeichneten Leistungen bekommt man etwas über 130 Griwna. Zur gleichen Zeit beträgt das offizielle Existenzminimum in der Ukraine 423 Griwna. Nur in den letzten wenigen Monaten stiegen die Lebensmittelpreise mehr als um das 2fache und die Fahrgelder erhöhten sich in den öffentlichen Verkehrsmitteln um 50%. Darüber hinaus verteuerten sich die studentischen Wohnheime, wobei sich die Lebensqualität nur verschlechterte.

Der Bildungsminister aber, der übrigens Mitglied der SPU** ist, müsste nach dem Amtsantritt die Postulate des Parteiprogramms der Sozialisten vergessen haben, die kostenlose Bildung für die ukrainischen Bürger deklarieren. Während seiner Leitung der ukrainischen Wissenschaft und Bildung hat der Anteil der Studenten der Haushaltsbil-

* \$ 20,00 monatlich

** Die Sozialistische Partei der Ukraine

dungs-Bildungsform* ein absolutes Tief in der ganzen Geschichte unseres Staates erreicht. Es werden keine Fragen der Verbesserung der Bildungsqualität, der Herausgabe neuerer moderner Lehrbücher, der Computerisierung der ukrainischen Hochschulen, der Einrichtung der studentischen Wohnheime nach europäischen Standards und der Schaffung der Haushalts-Studiumsplätze für Jugendliche gelöst, die Hochschulbildung anstreben“.

Die Streikposten sammelten Unterschriften unter eine Petition an den Präsidenten ein, in der sie zur Erfüllung des Artikels 9 des Gesetzes der Ukraine „Über die Förderung der sozialen Lage und Entwicklung der Jugend in der Ukraine“ aufriefen, das u. a. die Erhöhung der Stipendien auf das Existenzminimum vorsieht.

Ähnliche Aktionen wurden auch in anderen ukrainischen Städten veranstaltet. So bestreikte die Charkowskaja Regionalorganisation der „Ukrainischen Sozialdemokratischen Jugend“ am 1. November das Gebäude der staatlichen Regionaladministration, indem sie die Stipendienerrhöhung verlangte. Die Sozialdemokraten der Bukowina, Tschernowizkaja Region, verabschiedeten einen Appell an den Präsidenten der Ukraine, in dem insbesondere hervorgehoben wird:

„Die jungen Sozialdemokraten der Bukowina appellieren an Sie mit der Bitte und gleichzeitig Forderung, die Frage der Erhöhung der studentischen Stipendien auf das Niveau zu prüfen, das von der geltenden Gesetzgebung festgelegt ist.

Entsprechend dem Gesetz der Ukraine „Über die Förderung der sozialen Lage und Entwicklung der Jugend in der Ukraine“ wird die materielle Sicherstellung, einschließlich der der auszubildenden und studentischen Jugend, für die der Staat die

vollen Gewährleistungen übernimmt, auf dem Niveau des Existenzminimums festgelegt. Das Gesetz der Ukraine „Über die Bestätigung des Existenzminimums für das Jahr 2005“ legte es in monatlicher Höhe von 423 Griwna pro Kopf der Bevölkerung fest.

Doch bleibt die besagte Gesetzesnorm bislang deklaratorisch, wodurch das verfassungsmäßige Recht des jungen Menschen auf ein würdiges Leben missachtet wird!

Wir rufen Sie zu maximalen Anstrengungen auf, die Verletzungen der geltenden Gesetzgebung nicht zu zulassen!“.

Oppositionspartei tritt gegen Missachtung der Anrechte der Mütter auf

■ **100.000 Griwna fehlen Tscherkassy im Stadthaushalt, damit die Mütter, die zwei Kinder erziehen, bis Jahresende die von der ukrainischen Gesetzgebung Lebensmittelunterstützung erhalten können. Zum Schutz dieses Anrechts der Mütter setzte sich die Stadtorganisation der SDPU (V) ein, die vor dem Gebäude der staatlichen Stadtadministration eine Protestaktion veranstaltete**

Die Pressestelle der SDPU (V) ließ in diesem Zusammenhang eine Erklärung verbreiten: „Als erfreulich sei zu bezeichnen, dass die städtischen Behörden diesmal umgehend reagiert haben. Insbesondere versprach der Sekretär des Stadtrats Tscherkassy Anatolij Dshobolda, dass die Abgeordneten die finanzielle Absicherung dieses vom Gesetz geschützten Postens binnen einer Woche behandeln würden.

Die Sozialdemokraten werden auch weiterhin die Einhaltung der ukrainischen Gesetzgebung beobachten“.

* Die Bildungsform, bei der das Hochschulstudium der Studenten vom Staat bezahlt wird

Oppositionspartei setzte sich gegen die Verletzung der Wohnungsrechte Kiews Einwohner ein

■ **Wie die Pressestelle der SDPU (V) mitteilt, hätten sich die Bewohner von 15 Wohnungsblöcken in den Dneprowskij und Podolskij Bezirken Kiews an die Volksabgeordneten wegen der ungesetzlichen Bebauung gewandt, die in ihren Haushöfen angefangen wurde und die Beseitigung von Kinder- und Sportplätzen, Grünanlagen und Erholungsstätten nach sich ziehen könnte**

Mit Zustimmung des Kiewer Stadtrats fingen die Investoren mit dem Bau von mehrgeschossigen Häusern an, ohne kein einziger Beamter die Einwohner nach ihrer Zustimmung gefragt hatte.

Der Sekretär der Kiewer Stadtleitung der SDPU (V) und Volksabgeordnete der Ukraine, Wadim Mussjura, richtete an den Generalstaatsanwalt der Ukraine eine Abgeordnetenfrage mit der Bitte zu klären, wer das Bauvorhaben bewilligt hat, das die Rechte der Bürger direkt verletzt. Die Sozialdemokraten



Wadim Missjura

halfen auch Hunderten von Einwohnern, sich in Komitees zur Verteidigung ihrer Rechte zu organisieren.

Wadim Missjura versicherte den Einwohnern Kiews: „Wir lassen es nicht zu, dass die Einwohner beraubt und um ihre Rechte seitens der Behörden gebracht werden. Um keine gewaltsamen Aktionen der Macht zu provozieren, rufen wir die Kiewer Bürger auf, ausschließlich im Rahmen des Gesetzes zu handeln, während wir selbst ihr Recht auf würdige Lebensbedingungen vor dem Gericht verteidigen werden“.

FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN

Polizei jagte eine friedliche Versammlung auseinander. Viele Leidtragende unter Vertretern der Oppositionspartei

■ **Am 21. November hat der Schewtschenkowskij Bezirkgerichtshof der Klage der staatlichen Kiewer Stadtadministration stattgegeben und der Partei „Bratstwo“ untersagt, am 22. November ein Zeltlager auf dem Europäischen Platz aufzustellen und Tonverstärkungsanlagen zu verwenden**

Zur gleichen Zeit wurden aber auf dem anliegenden Platz, dem Maidan der Unabhängigkeit, die Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der „oranigen Revolution“ abgehalten – eine bedeutend größer angelegte Veranstaltung und mit Einsatz von bedeutend leistungsfähigeren Verstärkungsanlagen. Doch die Kiewer Stadtadministration hatte keine Einwendungen gemacht.

Am 22. November nahmen die Mitarbeiter der Polizei – insgesamt waren sie über 500 – in der Gruschewskij-Straße, vor dem Gebäude des Ministerrats der Ukraine, etwa 100 Aktivisten der Partei „Bratstwo“ fest.

Wie das Parteidepartement mitteilt, lieferte man alle festgenommenen in verschiedene Polizeibezirksämter ein. Während der Festnahmeaktion schlugen die Rechtschützer die Parteiaktivisten auf eine brutale Art nieder. Vielen von ihnen wurden Gesichter blutig geschlagen. Überhaupt gab es viel Blut, obwohl sich die Parteiaktivisten nur auf den Europäis-

chen Platz zur Teilnahme an einer friedlichen Kundgebung begaben.

Am 22. und 23. November wurden auf der offiziellen Webseite der Partei „Bratstwo“ nachstehende Mitteilungen veröffentlicht:

„Dem Mitglied der „Bratstwo“ Witalij Lawrik haben die Rechtschützer während der Festnahmeaktion am Ministerkabinett in der Gruschewskij-Straße den Arm gebrochen. Der festgenommene Mann klagt über Schmerzen in den Rippen- und Handgelenkbereichen. Man ließ ihn weder ärztlich untersuchen noch medizinisch versorgen. Um den Skandal und die Bestrafung für ihre Untaten zu vermeiden, machte die Polizei Druck auf das Gericht, das Witalij Lawrik zu 5 Tagen Haft verurteilte“.

„Über 24 Stunden lang musste das Mitglied der „Bratstwo“ Sergej Karpenko im Krankenhaus verbringen. Am 24. November wurde er im befriedigenden Zustand mit dem Befund „geschlossene Schädelhirnverletzung und Gehirnerschütterung“ nach Hause entlassen. Die körperlichen Verletzungen erlitt er von den Polizeibeamten während der gesetzwidrigen Festnahme der Mitglieder der „Bratstwo“.

„Bereits über 24 Stunden lang werden 25 Aktivisten der „Bratstwo“, darunter vier Minderjährige, im Swjatoschinskij Polizeibezirksamt festgehalten. Sie werden in unmenschlichen Bedingungen untergebracht, bekommen keine Verpflegung, dürfen aber gleichzeitig keine Lebensmittel von draußen annehmen. Alle 25 Aktivisten der „Bratstwo“ traten in den Hungerstreik“.

„Das Mitglied der „Bratstwo“ Ewgenij Morew wurde im schweren Zustand aus des Swjatoschinskij Polizeiamt in das Institut für Neurochirurgie eingeliefert. Sein Befund lautete auf Gehirnerschütterung, blaue Flecke und Verletzungen der weichen Gewebe, doch am gleichen Tag wurde er entlassen“.

„Im kritischen Zustand wurde in das städtische Klinische Unfallkrankenhaus das Mitglied der „Bratstwo“ Aleksej Seredjuk eingeliefert, dem die Ärzte eine Gehirnerschütterung, zahlreiche blaue Fleck und Hämatome diagnostizierten“.



„An den Kranken Konstantin Serdjukow, der an Epilepsie leidet, wurden nach dem Anfall keine Ärzte zugelassen; den zwei niedergeschlagenen Aktivisten, dem minderjährigen Grigorij Luschkanski und Andrej Watolkin, wurde medizinische Versorgung verweigert“.

In seinem Interview der Internet-Ausgabe „Ukrpartinform“ stellte der Führer der Partei „Bratswo“, Dmitrij Kortschinskij, insbesondere fest:

„Zweifelsohne gibt es in der Ukraine politische Repressionen. Als noch die „Orangenen“ im Begriff waren, an die Macht zu kommen, drohten sie, korrupte Politiker, die Angehörigen der alten Nomenklatura und Oligarchen einzusperren. Doch heute sitzt kein einiger Oligarch hinter Gittern, genau so entgingen alle am größten korruptierten Politiker einer Strafe. Eingesperrt werden nur die Menschen, die auf der Straße protestieren. Wie z. B. unsere Jungen, die alle nach politischen Artikeln sitzen. Alle, die jetzt Repressalien ausgesetzt werden, sind Menschen der Straßenproteste.“

Der Sekretariatsleiter des Präsidenten Oleg Rybatschuk hat erklärt, unsere Jungen säßen begründet, für den Randal, den sie angeblich in der Zentralen Wahlkommission* gemacht

hätten. Als wir aber sie an den Randal in der gleichen Zentralen Wahlkommission erinnerten, den Juschtschenko samt Rybatschuk, Tscherwonenko samt Poroschenko* veranstaltet hatten, so konnten wir keine Antwort vernehmen. Obwohl sie tatsächlich Polizisten zusammenschlugen, ihnen Schulterstücke abrisen und sie sich mit dem Gesicht zu Boden hinlegen ließen. Doch jedem müsste klar sein: falls unsere Jungen eingesperrt werden, gehört auch das „orangene“ Publikum hinter Gittern.

Für die politischen Repressionen trägt die gesamte Macht die Schuld. Um konkret zu sein: Juschtschenko und sein Innenminister Luzenko. Früher konfrontierten wir auch mit polizeilicher Gesetzlosigkeit, doch heute offenbart sich diese Gesetzlosigkeit auf die frechste Weise. Früher wurde auch eingesperrt, aber doch mit einer gewissen Dose Anständigkeit. Heutzutage ist sie überhaupt verdunstet.

Die Methoden des gesellschaftlichen Protests, die bislang angewandt wurden, sind erschöpft. Die Obrigkeit ist bereits daran gewöhnt, vor den Fenstern ihrer Diensträumlichkeiten weinende Menschenmengen zu sehen. Die

* In der Zentralen Wahlkommission kam es Ende des vorigen Jahres während der Präsidentschaftswahl zu Zusammenstößen zwischen einzelnen Politikern und der Polizei

* Ewgenij Tscherwonenko, ehemaliger Minister für Transportwesen, und Pjotr Poroschenko, ehemaliger Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, wurden nach dem Rücktritt der Premierministerin Julia Timoschenko entlassen

Macht lässt sich dadurch nicht mehr beeinflussen. Wie ich glaube, müssten wir die Methoden der europäischen Gewerkschaften meistern, der Tierschutzverbände, der feministischen Gruppen und so weiter. Das heißt, uns mit dem europäischen und nordamerikanischen Arsenal zur Verteidigung unserer Rechte bewaffnen zu lassen. Einfach dürfte es kaum sein, weil fast alle Protestarten in westlicher Variante konfrontationsträchtig sind, doch werden wir dieses Protestarsenal in den kommenden Monaten erlernen müssen“.

Oppositionspartei wurde der Bühnenaufbau für eine friedliche Kundgebung verweigert

■ Am 18. November 2005 hat der Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshof Kiews der Klage der staatlichen Kiewer Stadtadministration stattgegeben, die Durchführung einer oppositionellen Kundgebung der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine auf die linke Seite des Maidans der Unabhängigkeit einzuschränken

In der Erklärung der Progressiven Sozialistischen Partei wird u. a. mitgeteilt:

„Unter Verletzung der Verfassung, der Europäischen Konvention zum Schutz der Rechte und Freiheiten und der Praktiken des Europäischen Gerichtshofs hat der Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshof Kiews den politischen Auftrag der Macht zur Einschränkung der Rechte der Bürger der Ukraine auf freie Teilnahme an friedlichen Versammlungen erfüllt.

Die Gerichtsentscheidung machte einen Teil des gesamten Plans der präsidentialen Administration aus. Den progressiven Sozialisten erlaubte man nicht, eine Bühne aufzustellen – trotz der persönlichen Anweisung von Alexan-

der Omeltschenko und des persönlichen Antrags Natalia Witrenkos an das präsidentiale Sekretariat und den Leiter des Rats für nationale Sicherheit, Anatolij Kinach.

Der Hauptabteilungsleiter für Innenpolitik der staatlichen Kiewer Stadtadministration, A. W. Petrik, ist Mitglied der Union „Nascha Ukraina“, und ausgerechnet aus seiner Initiative reichte die Stadtadministration dem Gericht die Klage ein, die die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger der Ukraine verletzt und auf die Provozierung eines Konflikts auf dem Maidan der Unabhängigkeit abzielt.

Damit wurde auch das Gesetz über politische Parteien missachtet, nach dem die präsidentiale Administration alle politischen Parteien gleichermaßen zu behandeln hätte. Der Union „Nascha Ukraina“ gestattete man den Aufbau von Bühnen, während das gleiche Vorhaben der progressiven Sozialisten abgelehnt wurde“.

Rechte der Gläubigen auf friedliche Demonstrationen wurden eingengt

■ Der Führer der Vereinigung der orthodoxen Bürger der Ukraine*, Walerij Kaurow, berichtete der Internet-Ausgabe „URA-Info“ über Schwierigkeiten, die bei der Vorbereitung der am 20. November geplanten Aktion „Progressiver und Orthodoxer Maidan“ zu überwinden waren. Insbesondere führte er aus:

„Natalia Witrenko und eine Gruppe der orthodoxen Bürger reichten den Antrag über die Durchführung einer Aktion am 20. November ein, nämlich einer Kreuzprozession von der

*Eine gesellschaftliche Organisation, die sich für die Stärkung der Positionen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats einsetzt

Kiewo-Petscherskaja Lawra zum Europäischen Platz³. Die Aktion wurde von der Vereinigung der orthodoxen Bürger, sowie der PSPU und einer Reihe von gesellschaftlichen Organisationen vorbereitet, die einen diesbezüglichen Antrag auf den „Progressiven und Orthodoxen Maidan“ in der Kretschatik-Straße von 08.00 bis 19.00 Uhr stellten.

Gleich danach kam es zu allerlei Schwierigkeiten. Die Kiewer Stadtadministration begann mit der Klärung der Möglichkeit, diese Veranstaltung zu torpedieren, indem sie alle vorherigen Anträge prüfte. Es stellte sich heraus, dass für den gleichen Zeitraum auch die UNA-UNSO** und „Pora“ ihre Anträge eingereicht hatten.

Am 17. November ging bei uns eine Mitteilung aus der Wachverwaltung des Präsidenten der Ukraine ein, die den Aufbau der Bühne im Zusammenhang mit der Aktion am 22. November untersagte. Angeblich störe die Bühne, die für den „Progressiven Maidan“ vorgesehen war, die Sicherheitsmaßnahmen, obwohl die Bühne nur für den 20. November bestimmt war, dementsprechend wäre sie zum 22. November bereits abgebaut. Das war das letzte Dokument, das für die Aufstellung der Bühne benötigt wurde. Natalia Witrenko rief die Verwaltung und das Sekretariat des Präsidenten an und erklärte, diese Mitteilung enge die Rechte der Opposition ein und zeuge davon, dass der Einsatz von administrativen Ressourcen „auf vollen Touren“ läuft.

Danach ging noch eine Vorladung in den Schewtschenkowskij Gerichtshof Kiews ein: die Stadtadministration hatte die Klage mit der Aufforderung eingereicht, die verfassungsmäßigen Rechte der Aktionsteilnehmer wegen eventueller Zusammenstöße der unterschiedlichen politischen Gruppen einzuschränken. Wegen dieser Klage schränkte der Schewtschenkowskij Gerichtshof gestern unsere Rechte ein⁴.

* Sie liegen im Stadtkern

** Eine rechtsausgerichtete Partei

Politische Partei erklärte über gesetzwidrige Handlungen der Polizei, die Bürger wegen politischer Agitation festgenommen hatte

■ In der Erklärung der Partei „Pora“ wird u. a. mitgeteilt:

„Am 21. November haben die Mitarbeiter des Podolskij Polizeibezirksamts Kiews den Parteilaktivisten Sergej Sljus und zwei seine Freunde festgenommen, die Flugblätter unter dem Titel „Es ist Zeit, SIE zu fragen“⁵ anklebten. Die Jungen wurden im Polizeibezirksamt über sechs Stunden lang festgehalten und erst nach Einmischung der Rechtsanwälte der „Pora“ freigelassen.

Derartige Handlungen der Rechtschützer waren vor einem Jahr gewöhnlich, aber ein Jahr nach der Revolution rufen sie wenigstens Verwunderung hervor. Solche Handlungen besagen den fehlenden Professionalismus der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane und sind ein Anzeichen dafür, dass sich in der Polizei kein richtiger Personalwechsel vollzogen hat. Die dilettantenhafte Art und Weise des polizeilichen Vorgehens scheint vor den kommenden parlamentarischen und Kommunalwahlen besonders gefährlich zu sein.

Die Bürgerpartei „Pora“ fordert zur Einstellung der Provokationen gegen die Aktivisten auf, die ihr verfassungsmäßiges Recht auf friedliche und gewaltlose politische Agitation wahrnehmen, sowie eine disziplinarische Verantwortung der Polizisten, die das Recht brechen“.

⁵ In den Flugblättern sind u. a. die Bilder des Präsidenten und der ehemaligen Premierministerin, Julia Timoschenko, abgedruckt



XENOPHOBIE UNDEINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT

Parteiaktivisten erklären, dass die Macht radikale Nationalisten unterstützt

■ Am Vorabend der Befreiung der Ukraine von den deutsch-faschistischen Eroberern wurden am Denkmal den Befreier Nikolajews nazistische Symbole und xenophobe Losungen gemalt

Wie die Zeitung „2000“ schreibt, habe sich diese südliche ukrainische Stadt, die durch ihre Internationalität und Toleranz bekannt ist, buchstäblich erschüttern müssen. Ähnliche Kampfaufrufe gegen „Judas“, „Kommis“ und „Moskowiter“ pinselte man auch an Wandhäusern in der Stadtmitte, mit beleidigenden

Aufschriften wurden ebenfalls das Lenin-Denkmal und die Häuser „geschmückt“, in denen sich 1917-1920 die Arbeiter- und Soldatenräte befanden.

Besonders stark hatte die Regionalleitung der Kommunistischen Partei der Ukraine zu leiden. Zuvor wurden die Kommunisten von kräftigen Jungen sportlichen Aussehens aufgesucht, die ein Treffen mit dem ersten Regionalsekretär, dem Volksabgeordneten W. Matwejew verlangten. Nach diesem Besuch verschwanden Schilder und Bekanntmachungstafeln von der Hausfassade. Am Befreiungstag der Ukraine wurden ganz früh die Fenster im Vorzimmer Matwejews eingeschlagen sowie auf dem Asphalt vor der Regionalleitung der Aufruf „Tötet die Kommis!“ und ein Galgen gepinselt. Die Polizisten kamen vor Ort an, schauten sich um und machten ein paar Fotos. Damit haben sich, nach Worten der Leitungsmitarbeiter, ihre Aktivitäten erschöpft.

Zur gleichen Zeit führten die Mitglieder der Nikolajewskaja Regionalorganisation der Partei „Bratstwo“ ihre Aktionen durch, um die Freilassung der in Kiew inhaftierten Parteimitglieder durchzusetzen. Auch an sie traten mehrere kahl geschorene Jungen sportlichen

Aussehens heran, die sich als Aktivisten der UNA* vorstellten und die Einstellung der politischen Aktion verlangten. Nach diesem Gespräch erschienen an der Fassade der Vertretung von Kortschinskij in Nikolajew Galgenzeichnungen und Hetzaufschriften.

Die Aktivisten der linken Parteien und Organisationen vermuten hinter den ultrarechten Nationalisten die behördliche Unterstützung, weil niemand nach ihnen fahnden will.

Man ist in erster Linie durch die Haltung der jetzigen Macht in Nikolajew verwundert. Statt eine Einschätzung der Besudelung des Befreiungsdenkmal zu geben und von den Machtgremien die Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens zu verlangen, zog sie es vor, sich in Schweigen zu hüllen und so zu tun, als wäre nichts passiert. Derartige Praktiken laufen den gesellschaftlichen Erwartungen zuwider, weil die Straflosigkeit immer die Eskalierung ethnischer und zwischennationaler Spannungen nach sich gezogen hat, schließt die Zeitung „2000“ ab.

Volksabgeordnete untersuchen Eingriffe in die Rechte der Bürger auf Gewissensfreiheit

■ Die Werchownaja Rada bildete eine provisorische Untersuchungskommission, die in Verletzungen der bürgerlichen Rechts auf Gewissensfreiheit ermitteln wird

Wie die Internet-Ausgabe „LIGABusiness-Info“ mitteilt, sperrten die Vertreter der Fraktion „Regionen der Ukraine“ den Zugang zur Parlamentstribüne; indem sie darauf bestanden, ihre zuvor eingebrachte Frage umgehend auf die Tagesordnung setzen und darüber abstimmen zu lassen.

Nach Worten der Initiatoren dieses Entwurfs, seien in letzter Zeit zahlreiche Beschwerden der Bürger aus der Rowenskaja Region eingegangen. Sie beklagen sich über systematische und grobe Verletzungen der Rechte der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats und die Konfliktverschärfung, die durch die Vorgehensweise des Chefs der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration, Wassilij Tscherwonij provoziert worden war.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Werchownaja Rade der Ukraine, Wladimir Litwin, habe die gebildete Kommission die Eingriffe in die Gewissensfreiheit der Bürger nicht nur in der Rowenskaja Region, sondern im ganzen Land zu untersuchen. Zum Kommissionsvorsitzenden wurde das Mitglied der Fraktion „Regionen der Ukraine“ Pawel Sulkowskij gewählt.

* Die Partei „Ukrainskaja Nazionalnaja Assambleja“ (Ukrainische Nationale Versammlung) vertritt rechtsgerichtete Ansichten

DISKRIMINATION NACH SPRACHE

Nach Erklärung der Oppositionspartei diskriminiere die Macht unverhüllt die russische Sprache

■ Am 14. November ließ die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) eine politische Erklärung über die Probleme der Sprachpolitik wie nachstehend verbreiten:

„Während seiner Fernsehkonferenz mit den Studenten am 11. November tätigte Wiktor Juschtschenko eine Reihe von Erklärungen zu den sprachlichen Problemen in der Ukraine. Er bezeichnete die freie Wahl der Kommunikationssprache als fundamentales Bürgerrecht und verkündete die Absicht des Staates, aufmerksam die Haltung der östlichen Regionen in dieser Frage anzugehen, sowie dass die russischen Schulen und Hochschulen nicht auf die ukrainische Sprache umgestellt würden

Unsere Partei verteidigt systematisch und konsequent das Sprachenrecht der Bürger, vor allem der russischsprachigen Mitbürger, die den enormen Anteil der Bevölkerung der Ukraine ausmachen. Deshalb begrüßen wir die Erklärung des Präsidenten und rufen ihn auf, nach den Worten tatsächliche Taten folgen zu lassen. Gleichzeitig möchten wir die Aufmerksamkeit des Präsidenten darauf lenken, dass es heute bereits nicht ausreicht, die systematisch durchgesetzte Politik einer Derussifizierung der Schulen einzustellen. In ihrem Resultat bestehen fast keine russischen Schulen bereits in der



Igor Schurma

Hälfte der Regionen, deshalb kommt es darauf an, sie wiederherzustellen. Die Handlungen der Macht in den letzten Monaten, die sich die Einengung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung zum Ziel setzte, schätzen wir als unverhüllte Diskriminierung der russischen Sprache ein.

Unsere Partei hat wiederholt auf diskriminierende Schritte der jetzigen Macht gegen die russischsprachigen Mitbürger aufmerksam gemacht. Als eines der Beispiele können die Bemühungen des Nationalrats für Fernsehen und Rundfunk dienen, die russische Sprache aus dem Äther maximal zu verdrängen, einschließlich obligatorischer Synchronisierung der Filme und Sendungen in russischer Sprache. Die präsidentenfreundlichen Kräfte in der Werchowynaja Rada brachten sogar einen Gesetzentwurf ein, um dies gesetzlich zu gewährleisten. Den gleichen Charakter tragen auch die Missachtung des Sprachenrechts der Bürger in den soeben verabschiedeten Bestimmungen der neuen Prozessordnung sowie die Versuche, die Sprachgesetze auf obligatorische Verwendung des Ukrainischen in allen öffentlichen Bereichen umzuorientieren. Zur Gruppe der Volksabgeordneten die diesen

Gesetzentwurf eingebracht haben, gehört auch der Vorsitzende der Werchownaia Rada.

Während die Macht lautstark über die Nichtzulassung der Spaltung der ukrainischen Gesellschaft redet, ruft sie durch ihre Taten tatsächlich eine Spannung herbei, indem die einen Bürger der Ukraine den anderen nach Sprachprinzip entgegengesetzt werden. Die gedankenlosen Aktionen der Macht führen dazu, dass sich bereits ganze Regionen gegenübergestellt sehen, wessen sich unsaubere Politiker und politische Kräfte zur Ausspielung der nationalistischen Karte bedienen.

Das Ziel aller demokratischen Kräfte des Landes liegt heute im Übergang von Deklarationen zur realen Lösung der sich in der Ukraine angehäuften Probleme, die mit der Gewährleis-

tung des Sprachenrechts der Bürger zusammenhängen. Ein Programm der diesbezüglichen Aktionen muss mit Teilnahme aller Zweige der staatlichen Macht sowie interessierten Seiten ist zu erarbeiten.

Zu diesem Zweck unterstützt die SDPU (V) die Initiative der russischen Kulturgesellschaften in der Ukraine und tritt für die schnelle Durchführung eines Runden Tisches ein, um einen Plan zur baldigen Regelung der sprachlichen Probleme auszuarbeiten. Nach unserer Meinung müssen an dem vorgeschlagenen Runden Tisch die Vertreter der Organisationen der russischsprachigen Öffentlichkeit, der Präsident, der Premierminister, der Vorsitzende der Werchownaia Rada und die Führer der Parlamentsfraktionen teilnehmen“.

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Volksabgeordnete werden Überfälle auf den Chefredakteur, Brandstiftung und Eigentumsdemolierung des Herausgebers untersuchen

■ Die Abgeordneten der Werchownaja Rada unterstützen die Bildung einer provisorischen Untersuchungskommission, die in den Überfällen auf den Chefredakteur der Zeitung „Kommunist Donbassa“, Georgij Popow, der Brandstiftung und Eigentumsdemolierung des ausländischen Bürgers, Walid Arfusch, des Herausgebers des Magazins „Paparazzi“, sowie in anderen Druckaktionen auf Massenmedien ermitteln wird

Wie die Pressestelle der SDPU (V) mitteilt, wird die Kommission vom Volksabgeordneten der Ukraine, Mitglied der Fraktion der SDPU (V), Igor Schurma, geleitet. Während der Popularitätsabstimmung, die in der Werchownaja Rada am 3. November durchgeführt wurde, konnte er die meisten Stimmen auf sich vereinigen und wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Meinungs- und Informationsfreiheit berufen.

Igor Schurma erklärte den Journalisten: „Die Verteidigung der Rechte der Bürger auf freien Informationszugang erscheint von größter Bedeutung. Zu diesem Zweck wird eine pro-

visorische Untersuchungskommission der Werchownaja Rada gebildet, die derartige Fälle untersuchen wird.

Wir wollen die Arbeit der Kommission öffentlich durchführen, um den Massenmedien erklären zu können, welche Fakten des Drucks es heute gibt“.

Am 10. November wurde in Donezk der Chefredakteur der Zeitung „Kommunist Donbassa“, Georgij Popow, zusammengeschlagen

Er kehrte am späten Abend heim und wurde am Hauseingang von Unbekannten überfallen. Die Ärzte befanden eine Schädelhirnverletzung

Die Zeitung „Kommunist“ teilte mit, Georgij Popow sei der zweite Sekretär der Donezkaja Regionalleitung der Kommunistischen Partei der Ukraine und Volksabgeordneter der dritten Wahlperiode.

Die Kommunistische Partei der Ukraine bringt diesen Überfall mit der gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit des Kommunisten in Verbindung, der in der Donezkaja Region hoch angesehen wird, mit seiner kompromisslosen Haltung bei der Verteidigung der Interessen einfacher Menschen, der Bekämpfung der Korruption und des Banditentums, die die Region befallen haben.

Die Kommunistische Partei der Ukraine schätzt diesen Überfall als eine neue Welle politischen Terrors gegen die Kommunisten sowie als Zeichen der Angst der kriminellen örtlichen und zentralen Macht ein.

Wie Walid Arfusch erklärte, würde er auf der Sitzung der provisorischen Untersuchungskommission der Werchownaja Rada „die ganze Wahrheit“ sagen, was er vor den Journalisten nicht getraut habe

Auf seiner Pressekonferenz berichteten Omar und Walid Arfusch, dass sie sich in let-



Wiktor Janukowitsch und Mitglieder der Partei der Regionen treffen sich mit den Brüdern Arfusch und Robert Menard

zter Zeit in Gefahr spüren. „Die Brandstiftung des Autos ist nur ein Bruchteil davon, was ich nach der Veröffentlichung der Aufnahmen von Andrej Juschtschenko* im Magazin erleben musste“, sagte Walid.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, bezeichnete Arfusch die Aussage des Innenministers der Ukraine, Juri Luzenko, dass gegen ihn und seinen Bruder Omar strafrechtliche Verfahren eingeleitet seien, als gewissenlose Lüge. „Mich will man als Verbrecher abstempeln“, zeigte sich der Heraus-

geber des Magazins „Paparazzi“ empört. Die Brüder Arfusch wüssten zu 90 Prozent, wer auf sie Druck ausübt, lehnten aber nachdrückliche Bitten ihrer Kollegen ab, die Namen zu benennen. „Wir sind nur deshalb bislang am Leben, weil wir keine Namen benennen“, sagte Omar Arfusch.

Nach seinen Worten, zeigten in letzter Zeit drei Parlamentsfraktionen Interesse für Fakten des Drucks auf das Magazin „Paparazzi“. Am vergangenen Freitag hatte er ein Treffen mit Wiktor Janukowitsch und führte Telefongespräche mit den Vertretern der SDPU (V) und KPU, die ihm alle mögliche Unterstützung zusicherten.

Der Präsident der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“, Robert Menard, stufte die Drohungen an die Brüder Arfusch als himmelschreiende Verletzungen der Menschen- und Journalistenrechte ein

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, brachte der französische Gast auch sein Befremden zum Ausdruck, dass die

* Im Magazin „Paparazzi“ waren Bildmaterialien über Andrej Juschtschenko, den Sohn des Präsidenten der Ukraine, abgedruckt. In der Nacht auf den 1. Oktober wurde in Kiew das Auto des Geschäftsführers des Magazins „Paparazzi“ und des Eigentümers des Radios „SuperNova“, des libanesischen Bürgers Walid Arfusch, von Unbekannten in Brand gesetzt. Der Magazinherausgeber und Walids Bruder, Omar Arfusch, teilte dazu mit, er habe die Aufnahmen des Präsidentensohns der Ukraine, Andrej Juschtschenko, und seiner Freundin während eines Urlaubs in der Türkei Anfang September gekauft: „Nachdem unser Besitz bekannt geworden war, gingen bei Walid Anrufe ziemlich einflussreicher Personen aus der Regierung ein, von der Veröffentlichung der Fotos Abstand zu nehmen“.

Untersuchung in der Sache Gongadze, in der der Präsident bereits lange her einen Schlussstrich versprochen hat, bis jetzt nicht abgeschlossen ist.

Robert Menard teilte mit, seit Juni habe er sich wegen der Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Ukraine an verschiedene staatliche Stellen gewandt, doch keine Antworten erhalten. Der französische Reporter zeigte sich über die Tendenzen besorgt, die dazu führen könnten, dass das ukrainische Volk des Rechts auf Informationszugang beraubt worden wäre. Das würde dem Staat ein schlechtes Ansehen auf der internationalen Arena schaffen, meinte er.

Robert Menard besuchte die Ukraine, um sich speziell mit staatlichen Stellen zu treffen und ihre Aufmerksamkeit auf die bedrohliche Situation mit Meinungs- und Pressefreiheiten zu lenken. Er meint, dass nach der Revolution keine Einteilung auf „Linke“ und „Rechte“ zulässig wäre, dass in einem Rechtsstaat der Dialog herrschen muss. „Doch leider sieht es in der heutigen Ukraine anders aus. Heute dominiert das reale Problem der politischen Revanche, des Hasses“.

Journalisten erzwungen Novellen des Gesetzes, das ihre Rechte diskriminiert

■ Am 17. November wurden Novellen des Gesetzes „Über die Wahl der Volksabgeordneten“ verabschiedet, das die Massenmedien und die Rechte brachte, über die Ereignisse während der Parlamentswahl objektiv zu berichten

Wie die Internet-Ausgabe „URA-Inform“ mitteilt, hätten einige Formulierungen dieses Gesetzes eine begründete Empörungswelle in

den Massenmedien hervorgerufen: bliebe das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung, würde man die Öffentlichkeit vom Wahlprozess total isolieren. Der Grund liegt darin, dass aufgrund des Gesetzes in jedem Bericht über den Wahlprozess eine Menge von Verletzungen festzustellen wären.*

Am Tag der Abstimmung über die Novellen zum Gesetz „Über die Wahl der Volksabgeordneten“ führten die Vertreter der unabhängigen Mediengewerkschaft und andere Journalisten eine Protestaktion vor dem Parlamentsgebäude durch. Sie stecken u. a. eine Popanz, die den Gesetzentwurf symbolisieren sollte, in die Schlinge, die anschließend fest zugezogen wurde.

Das Gesetz ist zwar geändert und erlaubt, über den Wahlprozess zu informieren, doch einige zweifelhafte Formulierungen bleiben. Insbesondere geht es um den Artikel, der besagt: „Die Parteinarbeit für Stimmabgaben durch die Massenmedien wird untersagt“. Mit anderen Worten, wäre es ein leichtes, den Massenmedien vorsätzliche Agitation und Propaganda vorzuwerfen.

Nur aufgrund dieses einzelnen Punktes, schließt die „URA-Inform“ ab, könnte jeder neutrale Pressebericht über Aktivitäten einer Partei als absichtliche Propaganda zugunsten dieser Partei ausgelegt werden.

In seinem Kommentar zu dieser Frage stellte Sergej Wassiljew, der ehemalige Hauptabteilungsleiter für Informa-

* Das Gesetz wies offensichtliche Widersprüche zur Verfassung und zu den in der Uno-Charta deklarierten Menschenrechten auf. Insbesondere untersagte es den einfachen Wählern, Politikern, Volksabgeordneten, Experten und Journalisten, ihre Meinung über die Tätigkeit aller Parteien und jedes einzelnen Kandidaten während der Wahlkampagne in den unabhängigen Massenmedien zum Ausdruck zu bringen. Das Gesetz verankerte ebenfalls die Vollmacht nicht des Gerichts, sondern der Zentralen Wahlkommission, während der Wahl über den Lizenzentzug des Massenmedien zu entscheiden.

fionspolitik der Administration von Präsident Kutschma, fest:

„Es war überhaupt nicht denkbar, dass Präsident Kutschma ein Gesetz unterschreiben würde, das den Journalisten verbietet, Wahlprogramme und Parlamentskandidaten einzuschätzen und zu kommentieren. Jetzt wurde das Gesetz neu zugeschnitten, den Journalisten wurde doch die Meinungsfreiheit belassen. Aber dafür sei nicht Präsidenten Juschtschenko zu danken, der sein Veto hätte einlegen und aufgrund seiner Gesetzesinitiative seinen eigenen Entwurf einreichen können. Der Präsident hat das nicht gemacht! Der Europarat hat auch, wohl bemerkt, die Haltung eines untätigen Beobachters eingenommen. Das Berufsrecht erkämpften die Journalisten selbst, indem sie der politischen Klasse drohten, über politische Themen gar nicht zu berichten. Die Situation wandelte sich nicht durch den politischen Willen des Präsidenten oder der Abgeordneten, nur durch die solidarische Haltung der Mitarbeiter der Massenmedien“.

Journalist klagte den Präsidenten der Ukraine an. Er kam um das verfassungsmäßige Recht auf Zugang zur Rechtsprechung

■ **Auf seiner Pressekonferenz berichtete der NTN-Reporter Osman Paschajew, wie in den Gerichtsinstanzen über seine Klage gegen den Präsidenten Wiktor Juschtschenko entschieden worden war**

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, hätte der Präsident nach geltendem Gesetz die Chefs der staatlichen Regionaladministrationen auf Vorstellung des Ministerkabinetts ernennen müssen. Indem er

behauptet, dass keine diesbezügliche Sitzung des Ministarkabinetts stattgefunden hatte, reichte Osman Paschajew eine Klage gegen den Präsidenten ein.

Doch wurden der Journalist und seine Kollegen im Petscherskij Bezirksgerichtshof Kiews zutiefst enttäuscht. Ihnen wurde in der Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens verweigert. Das Appellationsgericht unterstützte die Entscheidung des Petscherskij Bezirksgerichtshofs. Im Obersten Gerichtshof ging die Klage Paschajews „verloren“, und das Verfassungsgericht teilte Paschajew mit, seine Klage entspreche nicht den verfassungsmäßigen Anforderungen, weil seine persönlichen Rechte als Bürger der Ukraine nicht betroffen wurden.

Rechtsanwältin Elena Lukasch kommentierte die Situation folgenderweise:

„Ohne politische Unterstützung, ohne Lobby und Hintergrundaktivitäten ist es einem einfachen Menschen in der Ukraine unmöglich, ein solches Verfahren zu gewinnen. Osman Paschajew wurde faktisch um sein verfassungsmäßiges Recht auf Zugang zur Rechtsprechung gebracht. Eine Verhandlung in der Klage wäre wenigstens deshalb nützlich gewesen, damit in der Zukunft niemand die Prozedere der Personalentscheidungen und ihre rechtlichen Folgen in Zweifel ziehen könnte“.

Führerin einer Oppositionspartei erklärt über die Zensur in den Massenmedien

■ **Am 7. November ließ die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU)* eine Mitteilung verbreiten, in der insbesondere festgestellt wird:**

„Am 6. November 2005 hat die PSPU eine Massenaktion anlässlich des 62. Jahrestags der

* Die Partei vertritt linksausgerichtete Ansichten. Ihre Führerin ist Natalia Witrenko



Natalia Witrenko

Befreiung Kiews von den deutsch-faschistischen Eroberern durchgeführt. Die progressiven Sozialisten veranstalteten eine farbenprächtige Manifestation durch die Kretschatik-Straße und andere zentrale Straßen Kiews, eine Kundgebung auf dem Maidan der Unabhängigkeit, legten Blumen am General-Watutin-Denkmal nieder, dem Oberbefehlshaber der 1. Ukrainischen Front, die Kiew befreit hat, hielten einen Gottesdienst zum Andenken des Unbekannten Soldaten und legten Blumen nieder. Die feierliche Manifestation fand in der Kundgebung am Monument der Mutterheimat am Museum des Großen Vaterländischen Kriegs ihren Höhepunkt.

Diese Aktion wurde von einer Menge Fernsehkanälen gefilmt, zahlreiche Journalisten unterschiedlicher Massenmedien waren zugegen.

Die Gesetze der Ukraine über Information und Printmedien, die Verfassung, die Europäische Konvention über die grundlegenden Rechte und Freiheiten verpflichten die Journalisten zur objektiven Berichterstattung über die Ereignisse, doch kein einziger zentraler Fernsehkanal unterrichtete verhältnismäßig objektiv über die gestrige Aktion der PSPU.

Wie am 28. Oktober, dem 61. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den deutsch-faschistischen Eroberern, als auch am 6. November, dem Befreiungstag Kiews, führte die neue ukrainische Macht keine festlichen Veranstaltungen zu diesen denkwürdigen Daten durch.

Als Alternative zur historischen Wahrheit zwingen die Massenmedien dem Volk nur Lügen über einen angeblichen Beitrag der profaschistischen Strukturen der OUN-UPA* zur Befreiung der Ukraine auf.

Bis zum Antritt der neuen ukrainischen Macht, bis zum orangenen Putsch hat sich Derartiges kein einziger in der ganzen Nachkriegsgeschichte erlaubt.

In diesem Zusammenhang erkläre ich, dass in der Ukraine neonazistische Zensur der Massenmedien ausgeübt wird.

Ich wende mich an die Bürger der Ukraine, die Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition, die Weltgemeinschaft und rufe auf: Menschen, seid wachsam! Unter der Schirmherrschaft der ukrainischen Macht und ihrer direkten Mitwirkung wird in der Ukraine der Faschismus ins Leben gerufen.

Natalia Witrenko,
Vorsitzende der PSPU*.

* Die Organisation der ukrainischen Nationalisten und die Ukrainische Aufständische Armee. Nach Wiktor Juschtschenkos Machtantritt lebte das Rehabilitierungsthema der UPA wieder auf, darunter im Zusammenhang mit seiner loyalen Haltung gegenüber den Menschen, die in der Ukraine lange Zeit als Gegner des über den Faschismus siegreichen Volkes galten, indem man sie „Bandera-Leute“ nannte



Journalisten protestieren gegen das Gesetz, das ihre Rechte diskriminiert. Die Aufschrift auf dem Plakat: „Macht das Land nicht blind!“

Nach journalistischen Quellen sei die Schließung von über 150 Zeitungsverkaufspunkten in der Hauptstadt geplant

■ Wie die Journalisten vermuten, versuche die Macht dadurch, die Zugangsmöglichkeiten der Bürger zur objektiven Information am Vorabend der Parlamentswahl maximal einzuschränken

Wie die Zeitung „Fakty“ mitteilt, hielten es die Machthabenden für schadenbringend, Zeitungen in der Stadtmitte und in den Orten mit stärksten Menschenansammlungen verkaufen zu lassen. In erster Linie wohl für die Macht.

Seit vor 45 Jahren in Kiew die U-Bahn

eröffnet wurde, bestehen Zeitungskioske an ihren Stationen. Es ist nicht eine einzige Generation der Menschen groß gewachsen, die es gewöhnt haben, ihre Zeitung beim U-Bahn-Eingang zu kaufen. Niemand murrte jemals aus diesem Anlass. Und ganz unerwartet findet man es in der Hauptstadt für überflüssig; in den Korridoren der hauptstädtischen Macht wird über die Idee gebrütet, den Zeitungs- und Zeitschriftenverkauf an den U-Bahn-Stationen und der nächsten Umgebung dicht zu machen. Heutzutage ginge es nicht mehr und nicht weniger um 152 (!) Handelspunkte.

Doch wäre es bei weitem noch nicht alles. Aus zuverlässigen Quellen konnte die „Fakty“ erfahren, dass augenblicklich die Hauptverwaltung für Architektur der staatlichen Kiewer Administration um Schließung der Zeitungskioske in den zentralen und Hauptstraßen der Hauptstadt ersucht. Man wäre dort wahrscheinlich der Meinung, dass die

Zeitungskioske die Menschen störten, die in den zentralen Bezirken der Hauptstadt wohnen, arbeiten bzw. sich erholen. In der ganzen Welt, in den Hauptstädten aller Staaten werden Zeitungen in der Stadtmitte verkauft sowie dort, wo sich die meisten Menschen ansammeln. Nicht einmal in Bagdad, wo es permanent zu Explosionen kommt, werden die Zeitungsverkäufer von den zentralen Straßen vertrieben.

Uns ist bekannt geworden, dass auf den Oberbürgermeister, Alexander Alexandrowitsch Omeltschenko, mächtiger Druck von denen ausgeübt wird, die aus der Mitte Kiews den Zeitungsverkauf vertreiben, doch den Verkauf von Wodka und Bier beibehalten wollen. Der weise Oberbürgermeister konnte noch dem Druck standhalten. Aber aus bestimmten Gründen verdichtet sich der Eindruck, dass die Angelegenheit bedeutend kom-

pliziert ist. Die aufgerollte Säuberungskampagne gegen die Massenmedien lässt sich nur durch das Interesse bestimmter Kräfte erklären, am Vorabend der Parlamentswahl den Zugang der Bürger zu objektiven und aktuellen Informationen maximal einzuschränken. Um sie unzugänglich zu machen, während die zugänglichen kontrollierbar.

Ob sich die Schließung der Zeitungskioske in der Stadtmitte Iwano-Frankowsks, die Beseitigung ähnlicher Kioske auf den Bahnhöfen in Ternopol und Dnepropetrowsk, die Ausweisung der Großhandelsunternehmen (die auch Pressetitel für private Vertriebsnetze verkaufen) aus der Stadtmitte Lwows anders erklären ließen? Das läuft auf einen entschlossenen Versuch der Macht aus, die Presse zu einem Werkzeug ihrer Festigung und Bereicherung zu machen. Doch wir wollen hoffen, dass es anders kommt“.

Бюллетень Социал-демократической
партии Украины (Объединенной)

**Нарушение прав человека
и политические репрессии в Украине**

Ноябрь, 2005

На немецком языке

Художественный редактор *О. М. Говзан*

Корректор *Н. П. Степенко*

Подписано в печать 12.12.05.

Формат 84×108 1/32. Усл. печ. л. 2,52.

Усл. краскоотт. 3,0. Уч.-изд. л. 3,59. Тираж 200 экз.

Заказ №5-2103.

Издательство «Довіра»

ул. Киквидзе, 2/34, Киев-103, 01103

Киевская нотная фабрика

ул. Фрунзе, 51а, Киев-80, 04080

Нарушение прав человека и политические репрессии в
НЗ0 Украине. На нем. яз. Ноябрь, 2005: Бюл. Социал-демокр.
партии Украины (Объед.) / Редкол.: Л. М. Кравчук и др. — К.:
Довіра, 2005. — 47 с.: ил.

ISBN 966-507-183-1

ББК 66.3(НЕМ)6